

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident Ulrich Schmidt: Meine Damen und Herren! Ich heiÙe Sie zu unserer heutigen 145. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen in dieser Wahlperiode herzlich willkommen. Mein GruÙ gilt ganz besonders unseren Gästen auf der Zuschauertribüne und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien. Herzlich willkommen.

Für die heutige Sitzung haben sich neun Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir treten nunmehr in die Beratung unserer **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

- 1 Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zu den Haushaltsplänen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2004) und Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004/2005 (Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 2004/2005) und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004/2005 und des kommunalen Entlastungsausgleichs zugunsten der Kommunen der neuen Länder im Haushaltsjahr 2005 (Solidarbeitragsgesetz - SBG 2004/2005)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/6200

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 13/6600

In Verbindung damit:

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zu den Haushaltsplänen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Nachtragshaushaltsgesetz 2005) und Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz -

LBesG NRW) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004/2005 (Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 2004/2005)) und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004/2005 und des kommunalen Entlastungsausgleichs zugunsten der Kommunen der neuen Länder im Haushaltsjahr 2005 (Solidarbeitragsgesetz - SBG 2004/2005) und zur Änderung anderer Gesetze

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 13/6201 und 13/6286

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 13/6601

dritte Lesung

Und:

Mittelfristige Finanzplanung

Unterrichtung
durch die Landesregierung
zur Beratung
Drucksache 13/6100

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 13/6602

Ich gestatte mir folgende Hinweise:

Erstens. Da keine Rücküberweisung der Gesetzentwürfe erfolgte, sind Grundlage der heutigen Beratung die Beschlussempfehlungen und Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung.

Zweitens. Es liegt ein **Entschließungsantrag** der FDP-Fraktion **Drucksache 13/6647** vor.

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Dr. Rüttgers, das Wort. Bitte schön.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Rot-Grün wird heute in dritter Lesung zum fünften Mal einen verfassungswidrigen Haushalt beschließen. Es ist ein Schuldenhaushalt. Das Land muss neue Schulden machen - ausschließlich, um die laufenden

Personalausgaben, die gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen und die Zinsen für alte Schulden zu bezahlen.

Wir haben diese hemmungslose Schuldenmacherei satt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie geht auf Kosten der Menschen; sie geht auf Kosten der Zukunft unseres Landes. Diese hemmungslose Schuldenmacherei ist unmoralisch. Wer so etwas macht, darf nie mehr von Nachhaltigkeit und von Generationengerechtigkeit reden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Mehr als 3,6 Milliarden € Schulden im Jahre 2000, mehr als 5,4 Milliarden € Schulden im Jahre 2001, mehr als 4,1 Milliarden € Schulden im Jahre 2002, mehr als 6,6 Milliarden € Schulden im Jahre 2003, mehr als 6,7 Milliarden € Schulden im Jahre 2004 und jetzt mehr als 5,1 Milliarden € Schulden im Jahre 2005 - Herr Steinbrück, das sind fast 32 Milliarden € Schulden, seitdem Sie das Amt eines Ministers bzw. eines Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen einnehmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Mehr als 110 Milliarden € Schulden insgesamt: Das ist eine Last, die uns alle nach unten zieht. Ministerpräsident Steinbrück ist der größte Schuldenmacher in der Geschichte des Landes NRW.

(Beifall bei der CDU und einzelnen Abgeordneten der FDP)

Die Folge ist: Mit dieser Regierung geht nichts mehr. Die Investitionsquote sinkt von Jahr zu Jahr. Für Zukunftsinvestitionen ist kein Geld mehr da. In das wichtigste Gut unserer Zukunft, nämlich in die Bildung und Ausbildung unserer Kinder, kann nicht mehr investiert werden. Der Verfall der Infrastruktur geht weiter. Die Deindustrialisierung geht weiter. Die Arbeitslosigkeit steigt auf immer neue Rekordhöhen.

In drei Zahlen zusammengefasst heißt das: 110 Milliarden € Schulden, mehr als 1 Million Arbeitslose, mehr als 5 Millionen Stunden Unterrichtsausfall.

Das Schlimmste ist, es ist nicht zu erkennen, dass die Landesregierung genug dagegen tut. Rot-Grün tut nichts.

(Beifall bei der CDU)

Rot-Grün tut nicht mehr genug für die Bildung, nicht mehr genug für die Beschäftigung, nicht genug gegen den erdrückenden Schuldenberg. Die

Arbeit ist gleichsam eingestellt. Gewartet wird mit ruhiger Hand. Irgendwann muss die Konjunktur - so hofft man - doch anspringen. Die Botschaft, dass unsere Probleme strukturell und nicht konjunkturell bedingt sind, ist bei der Landesregierung noch gar nicht angekommen, weil man nur noch das eine gemeinsame Ziel hat, am 22. Mai irgendwie über die Ziellinie zu taumeln.

Das Wahlprogramm der SPD hat die Überschrift: "Wir wollen solide Finanzen". - Man muss schon viel Phantasie und viel Wirklichkeitsverdrängung aufbringen, um so etwas über eine solche Finanzpolitik zu schreiben.

In dem Wahlprogramm heißt es:

"Wir in Nordrhein-Westfalen halten an der finanzpolitischen Linie fest, wonach konjunktur- und steuerbedingte Mindereinnahmen vorübergehend durch neue Schulden gedeckt werden müssen".

Meine Damen und Herren, das ist für mich ein Festhalten am Kurs der Steinzeitökonomie. Das früher einmal im Koalitionsvertrag festgeschriebene Ziel einer strukturellen Reduzierung der Nettoverschuldung wurde aufgegeben. Dies geschah auf Kosten der Menschen, auf Kosten unseres Landes.

Was das konkret bedeutet, kann man dem Wahlprogramm übrigens nicht entnehmen. Trotz Schulden in Höhe von 110 Milliarden €, trotz Zinszahlen in Höhe von täglich 13 Millionen € - so viel, wie man benötigt, um zwei Grundschulen oder vier Kindergärten zu bauen -, macht die SPD in ihrem Wahlprogramm Versprechungen, die in den nächsten fünf Jahren Mehrkosten in Höhe von mindestens 7,3 Milliarden € verursachen. Dafür gibt es keinen einzigen erkennbaren Deckungsvorschlag. Stattdessen wird wolkig irgendwo von Einsparungen in gleicher Höhe an anderer Stelle geredet. Das ist übrigens ein interessanter Punkt, meine Damen und Herren. Wir haben in den letzten Jahren konkrete Konsolidierungsvorschläge im Landtag unterbreitet.

(Zuruf von der SPD: Wann denn? - Lachen bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wir haben Personaleinsparungen wie z. B. den beschleunigten Abbau oder die Verlagerung von kw-Stellen vorgeschlagen. Zur Verwaltungsreform haben wir z. B. den Abbau von Sonderbehörden und Doppelzuständigkeiten vorgeschlagen. Wir haben eine Halbierung der Steinkohleförderung bis zum Jahr 2010 vorgeschlagen,

(Unruhe)

wir haben die Privatisierung von Landesbetrieben wie z. B. des Landesbetriebes für Mess- und Eichwesen oder des Landesinstitutes für Qualifizierung, den Verkauf von Unternehmensbeteiligungen wie Flughafenbeteiligungen, Messebeteiligungen und Hafenbeteiligungen, die Übertragung von Landesbeteiligungen an Bildungseinrichtungen, Agenturen und Zentren wie z. B. des Bildungszentrums für Entsorgung und Wasserwirtschaft GmbH oder des Ökozentrums NRW vorgeschlagen, wir haben die Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges u. a. durch 100 zusätzliche Prüfer, die Halbierung der Mittel für Öffentlichkeitsarbeit und Gutachten der Landesregierung vorgeschlagen.

All diese Vorschläge haben Sie jedes Mal arrogant mit dem Hinweis abgebugelt: "Das geht nicht."

(Beifall bei der CDU)

Weil Ihrer Ansicht nach all das nicht geht, wollen Sie jetzt eine Politik nach dem Motto "weiter so" machen. Im Klartext heißt das, in Ihrem Wahlprogramm kündigen Sie die Fortsetzung der bisherigen finanzpolitischen Linie des hemmungslosen Schuldenmachens an. Meine Damen und Herren von der Regierung und von Rot-Grün, das ist kein Versprechen, das ist eine Drohung.

(Beifall bei der CDU)

Ihre Politik des Nichtstuns und des "Geht nicht" schafft keine Zukunft. Im Gegenteil. Sie raubt Nordrhein-Westfalen die Zukunft. Wer immer neue Schulden macht, wer immer mehr Zinsen zahlt, statt Investitionen zu tätigen, wer kein Geld zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls hat und trotzdem immer länger Steinkohlesubventionen möchte, wer immer wieder verfassungswidrige Haushalte vorlegen muss, um den Status quo zu bezahlen, der würgt die Konjunktur ab.

(Beifall bei der CDU)

Wer immer mehr Geld für den Staatskonsum statt für Investitionen und Innovationen ausgibt, der verhindert den Aufschwung, der wieder Arbeit schafft.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen jedes Jahr weniger Wachstum als im Bundesdurchschnitt. Jeder weiß das. Dieses Wachstum liegt unterhalb der Beschäftigungsschwelle, sodass es noch nicht einmal Arbeit schafft. Schulden schaffen also keine Arbeit. Schulden machen arbeitslos.

Ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik spaltet das Land in Menschen mit Chancen und immer mehr Chancenlose. Im Januar waren 394.000 Men-

schen in unserem Land mehr als ein Jahr arbeitslos. Das sind 40 % der Arbeitslosen. Das waren 12,1 % mehr als ein Jahr zuvor.

Herr Steinbrück, ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik macht arm. Die Schere zwischen arm und reich wird in unserem Land größer. Immer mehr Menschen werden arm, weil sie arbeitslos geworden sind. Das sagt zumindest der aktuelle Sozialbericht der Landesregierung. 334.812 sozialversicherungspflichtige Jobs sind zwischen Oktober 2000 und Oktober 2004 in unserem Land verloren gegangen. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil der Armen signifikant von 13,6 % im Jahr 2000 auf 14,8 % im Jahr 2003 gestiegen. Deshalb sage ich: Rot-Grün macht arm.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik treibt die Industrie aus dem Land. Das ist die Folge, wenn man nichts dagegen tut, dass die Energie immer teurer wird, und mit einer ideologischen Energiepolitik selbst die Kosten in die Höhe treibt. Das ist die Folge, wenn man industrielle Investitionen durch ein abschreckendes Planungsrecht blockiert. Das ist die Folge, wenn die wirtschaftsnahe Infrastruktur immer schlechter wird.

Im vergangenen Jahr sind 12.300 Betriebe in Nordrhein-Westfalen Pleite gegangen. Das ist auch Ihre Schuld.

Sie haben - das ist der tiefere Grund - die Proportionen verloren, die Proportionen zwischen ökonomischer Vernunft und sozialer Gerechtigkeit, zwischen staatlicher Planung und wirtschaftlicher Freiheit, zwischen Hamsterschutz und Beschäftigungsaufbau, zwischen Wünschbarem und Machbarem. Sie sind keine Problemlöser, Sie sind Chancenkiller.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich bin fest davon überzeugt: NRW kommt wieder, wenn die Politik des Nichtstuns und des "Geht nicht" vorbei ist. Dafür werden wir nach dem 22. Mai sorgen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich glaube fest daran, dass in unserem Land etwas geht. Ich glaube, in unserem Land geht alles, wenn wir es nur wollen und die Ärmel aufkrempeln. Man muss es sich nur zutrauen. Man muss es wollen, und - Herr Steinbrück, das sage ich Ihnen - man muss es auch können.

(Beifall bei der CDU)

Personalabbau in der aufgeblähten Verwaltung, das geht. Beispiel: Nordrhein-Westfalen hat

4.563 Stellen im Bereich Umwelt, aber nur 417 Stellen im Bereich Wirtschaft. So viel zum Verlust der Proportionen Ihrer Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es soll mir noch mal einer sagen, ein Abbau würde nicht gehen. Um es klar zu sagen: Wenn Wirtschaftspolitik nicht stattfindet, dafür aber mit viel Geld und Personal Hamstersiedlungen vermessen werden oder Waldbauern vorgeschrieben wird, wann und wo sie welche Bäume pflanzen sollen, dann läuft etwas grundsätzlich falsch in diesem Lande. Wir werden die Proportionen wieder zurechtrücken.

(Beifall bei CDU und FDP)

Subventionsabbau, das geht. Ein Land, das pleite ist, kann der Steinkohle nicht immer länger Subventionen versprechen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wir wollen diese Subventionen halbieren. Ein Land, in dem immer mehr Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden, kann sich keine Regierung leisten, die den Menschen das Märchen von der sicheren Energieversorgung durch Windräder erzählt. Wir werden das ändern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Haushaltskonsolidierung, das geht. Wir werden hart sparen müssen bei den Sachmitteln, beim Personal, bei den Förderprogrammen und bei den Leistungsgesetzen.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN: Wo denn!)

Dieses Opfer werden wir den Menschen zumuten. Es gibt keinen anderen Weg, wenn wir unsere Kinder und Enkel nicht weiter unverantwortlich belasten wollen.

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe von SPD und GRÜNEN)

- Dass Sie dazwischenrufen, meine Damen und Herren von den Grünen und von der SPD, finde ich ganz toll, nachdem Sie nun zum fünften Mal einen verfassungswidrigen Haushalt vorgelegt haben, Schulden über Schulden machen und damit zeigen, dass Sie es nicht können.

(Beifall bei CDU und FDP)

Privatisierung staatlicher Aufgaben, auch das geht. Wir werden bei allen Landesbetrieben, Landesanstalten und Landesinstituten prüfen, ob das Land sie in Zukunft noch selbst betreiben muss. In

vielen Fällen können Private das besser, und wenn das so ist, dann lassen wir sie das auch machen.

(Zuruf von der SPD: Beispiele!)

- Ich habe eben Beispiele genannt. Ich glaube z. B. nicht, dass man, weil im Mittelalter Leute mit einem staatlichen Auftrag auf dem Markt die Gewichte prüfen mussten, heute das Eichwesen mit Beamten besetzen muss. Das kann auch von einer TÜV-Organisation gemacht werden. Das Gleiche gilt für Materialprüfung und Ähnliches.

Bürokratieabbau, das geht. Wir treten für eine Verwaltungsreform, für schlanke Strukturen, starke Kommunen und regionale Aufgabenbündelung ein. Wir wollen Standards flexibilisieren und vor allem EU-Vorgaben in diesem Lande nur noch 1:1 umsetzen und nicht jedes Mal drauf satteln.

(Beifall bei CDU und FDP)

Erfolgreiche Wirtschaftsförderung, auch das geht. Wir werden die Gießkannenförderung beenden und den Förderdschungel durchforsten. Der Staat kann nicht alles und jedes fördern. Wir wollen eine konsequent regionalisierte Wirtschaftsförderung, die mit den regionalen Akteuren zusammenarbeitet. Wir wollen Fördermittel wettbewerblich vergeben, zeitlich limitieren und eine unabhängige Erfolgskontrolle.

Ein letzter sehr wichtiger, vielleicht sogar der wichtigste Punkt: Nirgendwo hängen die Bildungschancen so eng von der sozialen Herkunft ab wie in Nordrhein-Westfalen. Damit machen wir Schluss, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir wollen mehr Lehrer einstellen und nicht wie Sie 777 Stellen bei den Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Gesamtschulen und Sonderschulen abbauen. Wir sind gegen die Abschaffung der Halbjahreszeugnisse im dritten Schuljahr. Wir sind für nachgelagerte Studiengebühren sowie für mehr Freiheit und Selbstverantwortung im Bildungssystem.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, ich bin fest davon überzeugt: Dieses Land hat alle Chancen. Es hat fleißige Menschen, eine zukunftsfähige Industrie, eine große mittelständische und unternehmerische Tradition und ein riesiges Innovationspotenzial. Aber dieses Land hat ein Problem: Es wird unter Wert regiert.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie haben 39 Jahre lang Ihre Chance gehabt. Sie haben nicht mehr die Kraft für einen Neuanfang. Ich traue mir das zu, wir trauen uns das zu. Ich bin überzeugt, dass NRW am 22. Mai mit einer neuen, einer besseren Regierung wiederkommt.

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Dr. Rüttgers. - Das Wort hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Moron.

Edgar Moron (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich gestehe freimütig, dass ich der Rede von Herrn Rüttgers mit einem gewissen Interesse entgegengesehen habe. Nachdem wir aus seiner Presseumgebung hören durften, dass er vor der Weihnachtszeit im Dezember sozusagen in Drachenblut gebadet habe, wie sein Pressesprecher wörtlich sagte, dachte ich, dass wir jetzt einen "Jung-Siegfried" erleben würden, der, nachdem er die Schlacht in Köln geschlagen hat, nun zum Halali, zum Angriff, bläst. Herr Rüttgers, ich kann nur sagen: Das ist Ihnen gründlich misslungen.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich war auch gespannt darauf, ob Herr Rüttgers nach der Wahl in Schleswig-Holstein, bei der bekanntermaßen ein schwacher Kandidat doch relativ gut abgeschnitten hat, jetzt glaubt, dass er als schwacher Kandidat nun auch Wind unter seinen Flügeln hat. Auch da muss ich Ihnen sagen, Herr Rüttgers: Ich bin eigentlich ziemlich enttäuscht von Ihnen. Da haben Sie nicht so viel gebracht.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben wieder einen Herrn Rüttgers, einen Oppositionsführer, erlebt, wie wir ihnen seit vielen Jahren kennen: einen Mann, der uns hier - ich sage das ganz offen - leere Worthülsen präsentiert, Effekt-hascherei betreibt und Versprechungen macht - nach dem Motto eines typischen CDU-Abgeordneten: Warum soll ich den Menschen denn zweimal eine Freude machen, ihnen erst etwas versprechen und es dann auch noch halten müssen? Das will ich doch gar nicht. - Wir haben einen Mann erlebt, der hier gerne in den tiefen Topf der Polemik greift,

(Lachen bei der CDU)

der das Land an den Stellen, an denen es viel besser ist, schlechtredet,

(Ministerin Hannelore Kraft: Genau!)

der sich selber und seine Vorschläge gutredet und der eigentlich auch zu erkennen gibt, dass er von den wirklichen Problemen dieses Landes verdammt wenig Ahnung hat, dass er das Ganze nicht durchdacht hat und dass er nicht weiß, wie er es machen soll.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Deshalb sage ich Ihnen Folgendes, Herr Dr. Rüttgers: Sie haben nicht das getan, was ich von Ihnen erwartet hatte, nämlich hier ein belastbares Programm vorzustellen und zu sagen: Freunde, wir haben uns das alles noch einmal überlegt; wir haben einen konkreten Politikvorschlag für Nordrhein-Westfalen. - Das, was Sie uns hier präsentiert haben, war ziemlich dünn.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb stelle ich fest: Sie sind der Alte. Dass Sie im Drachenblut baden, mag innerparteilich richtig sein. Dies sagt übrigens mehr über das innerparteiliche Leben in der CDU aus als über die Gesellschaft. Okay; das akzeptieren wir.

Der Rest war aber Polemik. Das war - wie wir es von Ihnen kennen - an manchen Stellen ein Schlechtreden dieses Landes. Sie negieren, wo unser Land gut ist. Sie übertreiben Defizite, die wir haben.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

- Ja, die haben wir in Nordrhein-Westfalen - wie jede Gesellschaft -; das ist doch gar keine Frage. Diese Defizite übertreiben Sie. Dort, wo wir gut sind, negieren Sie es aber,

(Heinz Hardt [CDU]: Wo denn?)

weil es Ihnen nicht in Ihr politisches Konzept passt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sage ich Ihnen sehr deutlich Folgendes:

(Heinz Hardt [CDU]: Sagen Sie doch einmal, wo!)

Wir - die Sozialdemokraten und Bündnis 90/Die Grünen, unsere Ministerpräsidenten Wolfgang Clement und Peer Steinbrück und unsere Kabinette - haben dieses Land in den letzten fünf Jahren sehr gut regiert.

(Widerspruch bei der FDP)

Wir sind auch stolz auf die Arbeit, die wir hier in den letzten fünf Jahren geleistet haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir hatten in diesem Land die schwerste Haushaltskrise Nordrhein-Westfalens in der Nachkriegsgeschichte zu bewältigen. Alleine - ohne Sie! Von der Opposition war nichts als Polemik und Angriffe zu erleben. Von dort kamen keine konkreten hilfreichen Vorschläge. Solche Vorschläge sind von Ihnen zu keinem Zeitpunkt gekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind durch ein lang andauerndes, permanentes konjunkturelles Tief gegangen. Wir müssen uns mit ständig wachsenden Sozialkosten herumschlagen. Wir haben die größte Steuerreform in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bewältigt. Man muss wissen, dass jährlich 52 Milliarden € weniger Steuern bei den Bürgern erhoben werden als früher. Diese Entlastungen spürt jeder Bürger in seiner Tasche.

Logischerweise sind damit Steuerausfälle in Milliardenhöhe in Nordrhein-Westfalen verbunden - im Übrigen nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Bundesländern. Sie verweisen ja immer so gerne darauf, wie es in anderen Bundesländern aussieht. Wenn Sie meinen, Nordrhein-Westfalen habe einen verfassungswidrigen Haushalt, dann sage ich Ihnen: Die Haushalte von Hessen, von Niedersachsen, des Saarlandes und auch von Berlin sind auch verfassungswidrig.

(Dr. Helmut Linsen [CDU]: Auch verfassungswidrig!)

- Ja, ich komme auf das "auch" zurück, Herr Linsen. - Im Übrigen sage ich Ihnen in Anlehnung an die gestrige Debatte sehr deutlich, Herr Rüttgers: Wenn Sie tatsächlich der Meinung sind, der Landeshaushalt sei verfassungswidrig, dann ist es unseriös - eigentlich skandalös, obwohl ich dieses Wort ungern gebrauche -, dass eine Opposition nicht zum Verfassungsgericht geht, sondern das Ganze liegen lässt und erklärt: Wir wollen erst einmal sehen, wie die Wahl ausgeht; danach überlegen wir uns, ob wir vor das Verfassungsgericht ziehen. - Das ist pure Taktik.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie sind sich Ihres eigenen Gutachtens und Ihrer Einstellung nicht sicher. Es ist skandalös. Wenn Sie als Opposition sagen, der Haushalt sei verfassungswidrig, dann müssen Sie nach Münster gehen. Wenn Sie das nicht tun, dann ist es Täuschung der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Jawohl, meine Damen und Herren; das waren schwierige Haushaltsplanberatungen. Wir haben in den Haushalten der letzten Jahre - ich will nur drei Beispiele nennen - die Ausgaben konsequent gekürzt. Das ist uns nicht leicht gefallen. Wir haben die Ausgaben im Jahre 2002 um 0,5 % und im Jahre 2003 um 1 % gekürzt. Im laufenden Haushalt 2005 werden wir die Ausgaben um 1,7 % kürzen, wie Ihnen der Finanzminister gestern hier noch einmal vorgetragen und erläutert hat. Das ist schwierig. Wo sonst gibt es denn Haushalte, die gekürzt werden? Schauen Sie sich doch einmal bundesweit um. Da ist Nordrhein-Westfalen in der Haushaltspolitik absolut die Nummer eins.

Im Übrigen war die Haushaltskonsolidierung auch nötig. Gleichzeitig hat sie aber schmerzhaft Einschnitte gebracht. Das, was wir hier gemacht haben, war ja nicht einfach. Wir müssen das Land finanziell handlungsfähig halten - aber nicht allein vom Grundsatz her, sondern, um auch noch Spielraum für die politischen Aufgaben zu haben, die bei uns Priorität haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und das, meine Damen und Herren, sind Bildung, Schulen, Universitäten und Kindergärten. Dafür brauchen wir Geld. Deshalb haben wir auch hier gespart und an diesen Stellen nicht gekürzt, wie Sie immer wieder fälschlicherweise behaupten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir haben bei unseren Haushaltsberatungen und Kürzungen alles auf den Prüfstand gestellt. Wir haben trotz aller Kürzungen, die wir vorgenommen haben - sie waren beachtlich, teilweise über 40 % unserer Zuschüsse haben wir heruntergefahren -, die Strukturen bei den Verbänden nicht zerstört. Die Strukturen sind erhalten geblieben. Wir haben sehr maßvoll, mit Augenmaß und politisch verantwortungsbewusst gekürzt. Wir haben bei Schule und Bildung nicht gekürzt.

Wir haben gleichzeitig den Angehörigen des öffentlichen Dienstes - das muss man an dieser Stelle auch mal sagen - eine Menge zugemutet. Wir haben ihnen ein gekürztes Weihnachtsgeld, kein Urlaubsgeld mehr und den Beamten auch eine beachtliche Mehrarbeit, 41 Stunden die Woche, zugemutet. Jetzt werden wir darüber zu diskutieren haben, wie das im Tarifbereich aussieht.

Herr Rüttgers, Sie sagen, man müsse bei solchen Ausgaben auch kürzen und entsprechende Programme herunterfahren: Als wir das gemacht haben, haben Sie sich ausschließlich an die Seite

derjenigen gestellt, die dagegen protestiert haben. Sie haben uns nicht in einem einzigen Fall unterstützt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dass Sie so etwas machen wollen, das glaube ich Ihnen überhaupt nicht. Es ist absolut unehrlich, wenn Sie das hier vortragen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Doppelzüngig!)

Sie hätten viele Gelegenheiten gehabt, meine Damen und Herren, das mit uns gemeinsam zu verantworten. Da haben Sie sich vom Acker gemacht. Da waren Sie weg. Sie sind zu den Demonstranten gegangen und haben sich an ihre Seite gestellt, haben sich feiern lassen.

(Ministerin Hannelore Kraft: Genauso!)

Und Sie stellen sich hierhin und sagen: Wenn wir regieren, meine Damen und Herren, werden wir sparen. Sie werden gar nichts tun. Sie haben in der Vergangenheit nicht bewiesen, dass Sie den Mut dazu haben. Sie werden auch nicht in die Gelegenheit kommen, das zu beweisen. Ich sage Ihnen einmal ganz ehrlich: Sie sind viel zu feige, um eine solche Politik mit uns gemeinsam durchzuführen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

In solchen Fällen, meine Damen und Herren, muss man auch Mut haben, um es klar zu sagen. Man muss Mut haben, wenn man sich vor 30.000 Demonstranten stellt,

(Ministerin Hannelore Kraft: Richtig!)

weil man sich für etwas einsetzt, was man für richtig hält. Den Mut haben Sie zu keinem Zeitpunkt bewiesen. Sie waren immer viel zu feige, um sich einer solchen Diskussion zu stellen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie haben haushaltspolitisch versagt. Sie haben keine Änderungsanträge gestellt. Sie haben sich gegen uns gestellt. Das war alles. Damit - so glaubten Sie - könnten Sie Stimmung machen.

Im Plenum haben Sie beispielsweise die Einstellung von mehr Personal bei der Polizei, heute bei der Steuerverwaltung, mehr Lehrerinnen und Lehrern gefordert. Gleichzeitig hat dann Ihr famoser haushaltspolitischer Sprecher im Haushaltsausschuss einen Einstellungsstopp beantragt. Wir haben beides zur gleichen Zeit gehabt:

(Zurufe von der CDU)

Einstellungsstopp auf der einen Seite und Mehr-Einstellung auf der anderen Seite. Neben der Tatsache, dass Sie keinen Mut haben, sind Sie in Ihren politischen Aktionen auch noch unkoordiniert.

Meine Damen und Herren, um es auf den Punkt zu bringen: Wir haben einmal addiert, was die CDU bei den letzten Haushaltsplanberatungen an Mehrforderungen gestellt hat. Das bringt in der Zusammenfassung, in der Addition Mehrausgaben in der Größenordnung von 6 Milliarden €. Diese Summe hätte, wenn Sie es denn hätten durchsetzen können, das Land mehr gekostet. Dadurch hätte man nicht gespart, sondern mehr Geld ausgegeben: 6 Milliarden €, Herr famoser wirtschaftspolitischer Sprecher! So ist das nämlich.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Mit den Beschlüssen, die Sie in Ihrer Fraktion gefasst haben und die Sie hier vorgetragen haben, wäre der Haushalt tatsächlich verfassungswidrig gewesen, so wie es die Haushalte von Niedersachsen, Hessen und dem Saarland - alle CDU-geführt - tatsächlich sind.

(Manfred Palmen [CDU]: Machen Sie erst einmal nicht so viel Schulden!)

Worauf setzen wir, meine Damen und Herren? Ich sage es hier sehr deutlich: Wir setzen auch in dieser Situation darauf, dass in diesem Land die Erholungskräfte stark geworden sind. Wir setzen auf die Erholung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Der Essener IHK-Präsident, Dirk Grünewald, hat vor wenigen Tagen gesagt: Es geht weiter aufwärts mit der Wirtschaft Nordrhein-Westfalens.

(Zurufe von der CDU)

Die "Westdeutsche Allgemeine" schreibt: "Kann man sehen: heimische Konjunktur im Aufwind!"

Die "Neue Rhein Zeitung" schreibt: "Die Konjunktur im Ruhrgebiet ist auf dem Sprung. Sie bewegt sich seit Jahresbeginn weiter aufwärts." Ich weiß, das ist Ihnen alles nicht recht. Das passt Ihnen nicht. Sie möchten gar nicht, dass es nach oben geht.

(Ministerin Hannelore Kraft: Richtig!)

Noch viel deutlicher, meine Damen und Herren, ist die "Financial Times" geworden. Am 31. Januar hat sie geschrieben - ich zitiere -:

"Im ganzen Jahre 2004 legte besonders die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg zu. Das heißt, die nordrhein-westfälische Wirtschaft ist dynamischer ge-

wachsen als die Bayerns, die Schlusslicht unter den großen Westländern war."

So ist die wirtschaftliche Wahrheit, meine Damen und Herren. Das passt Ihnen nicht in den Kram. Wir setzen darauf, dass wir zusammen mit den Aktiven in der Wirtschaft dieses Land wieder voranbringen. Wir reden es nicht schlecht. Wir machen den Leuten Mut, so weiterzumachen. Das ist unsere Perspektive, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Um mit einer Legende aufzuräumen: Bei uns gibt es im Übrigen auch mehr Gründungen im unternehmerischen Bereich als Liquidationen. Herr Rüttgers hat wieder mit einer Zahl hantiert. Alleine 2004 gab es 22.300 neue Gründungen in unserem Land. Bei uns werden mehr Unternehmen neu gegründet als in die Liquidation gehen. Das ist eine schlichte Tatsache. Die müssen auch Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

Meine Damen und Herren, wenn wir die Wachstumskräfte stützen wollen: Was müssen wir tun? Ja, wir sagen es. Wir unterstützen die Landesregierung darin ganz nachdrücklich. Dann wollen wir auch weiterhin bürokratische Hemmnisse abbauen. Die gibt es bei uns immer noch. Wer will das leugnen?

Wir haben schon eine Menge getan. Kaum eine Landesregierung zuvor hat so viel an bürokratischen Hemmnissen abgebaut. Wir werden weiter auf dieses Ziel hinarbeiten. Und wir werden die kleinen und mittleren Unternehmen auch wirtschaftlich und finanziell mit unterstützen. Das machen wir im Übrigen auch mit Hilfe unserer Bank, der NRW.Bank.

(Zurufe von Dr. Helmut Linssen [CDU] und Heinz Hardt [CDU])

Meine Damen und Herren, wir haben in dem Strukturwandel, den unser Bundesland wie kein anderes Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland im wahrsten Sinne des Wortes durchlitten hat, der über Jahrzehnte gegangen ist, enorm viele Arbeitsplätze verloren. Ja, das ist so.

Wir haben allein im produzierenden Gewerbe seit 1991 einen Rückgang um 26 % der Arbeitsplätze auf etwas mehr als 2,3 Millionen. Das ist ein beachtlicher Verlust. Aber diesem Verlust an Arbeitsplätzen, meine Damen und Herren, stehen auch neue Arbeitsplätze gegenüber: Allein im Handel, Gastgewerbe und im Verkehr und in anderen Dienstleistungen ist die Zahl der Beschäftigten seit 1991 um mehr als 1 Million gestiegen. Heute arbeiten in den Unternehmen der Telekommunikation, der Informationstechnologien und

der modernen Medien 350.000 Menschen. Jeder fünfte Medienarbeitsplatz ist hier bei uns in Nordrhein-Westfalen.

Deshalb sage ich, meine Damen und Herren: Wir werden den Strukturwandel fortsetzen. Wir sind auf einem richtigen Weg.

(Helmut Stahl [CDU]: Immer!)

Wir werden mit dem, was wir hier politisch tun, mit unseren Unterstützungsmaßnahmen, die wir im Landeshaushalt haben - auch da haben wir Mittel bereitgestellt, ich komme gleich noch einmal darauf zurück -, diesen Strukturwandel vorantreiben. Denn der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist unser herausragendes Ziel. Deshalb haben wir auch durch Hartz IV seit dem 1. Januar ein Instrument, das jedem Erwerbsfähigen das Recht auf die Vermittlung eines Arbeitsplatzes gibt. Wir haben aber daneben die Pflicht zur Annahme eines zumutbaren Arbeitsplatzes, meine Damen und Herren.

Wir bekämpfen diese Arbeitslosigkeit auch mit Mitteln des Landeshaushalts allein mit 480 Millionen €, die wir in diesem Jahr, 2005, im Landeshaushalt haben, um beispielsweise die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit zu finanzieren, um den Ausbildungskonsens zu finanzieren, um das Projekt "Arbeit statt Sozialhilfe" weiter voranzubringen und die Beschäftigten zu qualifizieren.

Für alles das stehen Gelder zur Verfügung, und Harald Schartau wird diese Mittel auch zielgerichtet einsetzen.

Das zeigt ja auch Wirkung. Um nur einmal einen Sektor zu nehmen - Frau Fischer hat das ja vor wenigen Tagen hier auch einmal erläutert -, weise ich darauf hin, dass die Zahl der erwerbstätigen Frauen in Nordrhein-Westfalen beachtlich gestiegen ist. Zwischen 1989 und 2002 ist die Zahl um 275.000 auf 3,3 Millionen angewachsen. Im Übrigen ist auch die Zahl selbstständig tätiger Frauen gestiegen, nämlich um 22.000 auf heute über 200.000. Das alles wollen wir kontinuierlich auch in der nächsten Wahlperiode fortsetzen. Dazu haben wir uns in der Koalition verabredet und dazu stehen wir auch. Der Kampf um Arbeitsplätze und für Arbeitsplätze hat für uns absolute Priorität.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist für Nordrhein-Westfalen ganz ohne Frage die Energiepolitik eine ganz wichtige Frage. Deshalb sind wir ein verlässlicher Partner für eine auch verlässliche Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen. Da setzen wir genauso auf

die erneuerbaren Energieträger als auch auf die heimische Energie, die wir haben.

Wir werden keine Politik mitmachen, die uns Herr Rüttgers hier heute wieder einmal vorgeschlagen hat - bei der ist er aber wenigstens einmal konkret geworden -, die darauf hinausläuft, die Mittel zur Subventionierung des Steinkohlenbergbaus zu halbieren. Das bedeutete auf einen Schlag den Abbau von mehr als 30.000 Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen. Das würde in bestimmten Gebieten unseres Landes Massenarbeitslosigkeit schaffen. Das ist mit uns nicht zu machen, um Ihnen das klar zu sagen, Herr Rüttgers!

(Beifall bei der SPD)

Aber ich sage Ihnen auch sehr deutlich: Eines macht uns natürlich Sorgen. Es gibt viele Unternehmen in Deutschland, auch in Nordrhein-Westfalen, die beachtliche Gewinne einfahren. Das ist gut so. Aber diese Gewinne sollten sie dazu nutzen, neue Produkte zu entwickeln, ihre Kapazitäten auszuweiten und ihr Geld in Investitionen einzubringen.

Aber dass man einen Großteil dieser Gewinne dazu benutzt, um den Abbau der Belegschaft zu finanzieren, bedrückt uns. Deshalb appellieren wir auch an die soziale Verantwortung der Unternehmerinnen und Unternehmer und der vielen Manager und der Unternehmen selbst, sich der Verantwortung für diesen Standort Nordrhein-Westfalen bewusst zu sein. Wenn man in diesem Land wirtschaften will, dann muss man diesem Land auch helfen. Das ist Aufgabe von Managern genauso wie von Politik.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir reden hier in diesem Landtag oft über unsere Schulen. Die CDU möchte das ja furchtbar gern, obwohl das schon zweimal in die Hosen gegangen ist - wie man jetzt gehört hat, wird die CDU ihre Kampagne nicht mehr weiterverfolgen; man hat ja gehört, sie wolle sich jetzt um ein anderes Thema, nämlich mehr um die Visapolitik, kümmern -: Wir werden uns an einer Schulstrukturdebatte und einem Schulkampf, einem politisch-ideologischen Schulkampf hier in Nordrhein-Westfalen nicht beteiligen. Machen Sie es allein! Mit uns ist hier nichts zu machen. Das ist Ihr Thema, nicht unser Thema.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir werden unser mehrfach gegliedertes Schulsystem optimieren, wir werden es besser machen. Wir machen es sogar jetzt schon besser. Wir kündigen das nicht nur an, sondern wir werden unse-

re Politik fortsetzen. Das heißt ganz konkret: mehr Ganztagsbetreuung, mehr Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Wir wollen eine Fortsetzung unserer Schulreform mit dem Ziel der selbstständigen Schule und mehr Förderung.

(Zurufe von der CDU)

Wir wollen alles tun, um unser bestehendes Schulsystem zu optimieren.

Was wir nicht wollen, Herr Rüttgers - da stehen Sie ganz allein und dort haben Sie auch einen Meinungswechsel durchgemacht; erst waren Sie dagegen, später waren Sie dafür; als die Demonstranten hier vor dem Landtag demonstriert haben, haben Sie ihnen ja noch eine Grußadresse zuteil werden lassen -, ist: Wir wollen keine Studiengebühren, Herr Rüttgers.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir wollen keine Studiengebühren! Da stehen Sie in diesem Landtag mit der FDP allein. Bleiben Sie da stehen! Wir werden dies zum Thema machen - auch in diesem Wahlkampf, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Ich sage Ihnen: Die SPD ist ein verlässlicher Partner der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Wir haben nichts versprochen, was wir nicht auch halten können. Daran werden wir uns auch in Zukunft halten, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Wir versprechen nichts, so wie Ihr famoser Ministerpräsident Koch in Hessen, der gesagt hat, er werde mehr Lehrerstellen schaffen, und anschließend 1.000 Lehrerstellen abbaut. - Das ist nämlich die politische Realität von CDU-Handeln. Wir werden uns an das halten, was wir versprechen.

Unser Land braucht politische Führung, auf die Verlass ist, und unser Land braucht einen guten Ministerpräsidenten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Deshalb braucht unser Land Peer Steinbrück, meine Damen und Herren!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wissen Sie, meine Damen und Herren, Herr Rüttgers hofft ja, nachdem er jetzt nach Fast-

Skandinavien, nach Schleswig-Holstein, geguckt hat, dass man auch als schwacher Herausforderer eigentlich ein gutes Ergebnis einfahren kann. Deshalb ist ja bei ihm auch nach dem Wahltag in Schleswig-Holstein die Stimmung wieder ein bisschen angestiegen und die Gesichtsfarbe hat zugenommen. Er glaubt ja, dass es auf das politische Profil des Herausforderers nicht mehr so ankommt. Herr Carstensen hat das ja angeblich gezeigt. Ich glaube, Sie täuschen sich. Herr Rüttgers, wir in Nordrhein-Westfalen sind da anders.

(Zuruf von der CDU: Na?)

Ich glaube, Sie täuschen sich sehr.

Der "Kölner Stadt-Anzeiger" hat Sie vor wenigen Wochen den "Zauderer vom Rhein" genannt, und die "Aachener Nachrichten" - na ja, eine Zeitung, die uns nicht so ganz nahe steht - haben schon einmal geschrieben: "Schon längst macht Rüttgers keine authentische Politik mehr. Sein Profil ist völlig verschwommen". - Alles wörtliche Zitate!

(Beifall bei der SPD)

Die "Süddeutsche Zeitung" - eine Zeitung, die für ihre Objektivität bundesweit bekannt ist - hat am 11. Januar über Sie und Ihre Politik geschrieben, Herr Rüttgers: "Rüttgers selbst hat mit seinem zaudernden Kurs dazu beigetragen, dass die Aktie CDU abstürzt":

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Alles aus den Zeitungen über Sie!

Ich sage Ihnen, Herr Rüttgers, unser Bundesland ist anders. Wir haben hier immer herausragende Persönlichkeiten im Amt des Ministerpräsidenten gehabt.

(Zuruf von der CDU: Wir auch!)

Es waren immer Männer von besonderem Format - ob sie der CDU angehört haben oder der SPD. Weil das so ist, meine Damen und Herren, ziehen immer mehr Menschen und vor allen Dingen auch diejenigen, die wirtschaftlich tätig sind, also die Selbstständigen, Peer Steinbrück als Ministerpräsidenten Ihnen, Herr Rüttgers, vor. Jedenfalls hat das eine Forsa-Untersuchung am 13. Januar belegt.

Selbst bei den FDP-Anhängern, lieber Herr Wolf - auch das ein Ergebnis der Forsa-Umfrage -, liegt die Mehrheit eindeutig bei Ministerpräsident Peer Steinbrück, wenn es um die Frage der Ministerpräsidentenpräferenz geht, und nicht bei Herrn Rüttgers. Eindeutig! Selbst bei Ihren eigenen Leuten!

(Ralf Jäger [SPD]: Wen wundert das?)

Jedenfalls hat das Forsa herausgefunden.

Die "Süddeutsche Zeitung", meine sehr verehrten Damen und Herren, hat das einmal völlig unmissverständlich formuliert. Die hat geschrieben: "Nicht einmal dort, wo man es vermuten könnte, bei Unternehmern, löst der Herausforderer von Ministerpräsident Steinbrück" - damit sind Sie gemeint, Herr Rüttgers - "Begeisterung aus".

Ja, so ist nun einmal die Lage. Und weil das so ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat sich natürlich die FDP auch Gedanken darüber gemacht, wie man sich strategisch aufzustellen hat. Ihr Generalsekretär hat ein Strategiepapier gemacht und dabei auch eine Lagebewertung abgegeben und SPD und CDU einander gegenübergestellt.

Da findet sich bei der SPD die Formulierung: Schwächen - nein, Stärken, Entschuldigung.

(Lachen bei CDU und FDP)

- Das war nur ein Versprecher. Entscheidend ist, was hier drin steht, Herr Wolf. Zu den Schwächen komme ich auch noch. Aber dort steht: Stärken: Amtsbonus Ministerpräsident, Chancen: Positive Symbolthemen wie offene Ganztagsgrundschule.

Bei der CDU steht in dem gleichen Papier: Schwächen: Lage der Bundes-CDU, persönliche Werte des Spitzenkandidaten - damit sind Sie gemeint, Herr Rüttgers -, Programm vage. Das haben Sie heute wieder einmal bestätigt.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, gehen wir sehr optimistisch in die Wahlauseinandersetzung. Wir haben noch nicht gewonnen. Nein, es wird ein schwerer Wahlkampf werden. Wir gehen aber sehr optimistisch in die Wahlauseinandersetzung mit Ihnen. Wir werden um das Vertrauen der Mehrheit der Menschen kämpfen. Wir sind sehr gut gerüstet, personell, politisch, programmatisch.

(Manfred Palmen [CDU]: Finanziell!)

Wir sagen Ihnen: Wir werden Ihnen einen harten Wahlkampf bieten, offen, ehrlich, ohne Polemik,

(Lachen bei der CDU)

aber in der Sache knochenhart, Herr Rüttgers.

Auf geht's! Am 22. Mai werden wir sehen, wer gewonnen hat. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Moron. - Das Wort hat für die FDP-Fraktion ihr Fraktionsvorsitzender Herr Dr. Wolf.

Dr. Ingo Wolf (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das war die erwartete Rede von Herrn Moron, ohne Polemik, wie wir das von Ihnen erwarten, Herr Moron.

(Beifall und Heiterkeit bei FDP und CDU)

Aber Sie wissen, das können wir auch. Deswegen werden wir natürlich wechseln, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich kann für dieses Land nur sagen: Lautstarkes Gesundbeten, Herr Moron, wird Ihnen nicht helfen. Die Menschen werden fragen, warum alles das, was Sie heute mit viel Wortgeklingel verbreitet haben, denn nicht längst auf den Weg gebracht ist.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie hatten doch 39 Jahre Zeit.

Sie arbeiten mit Glaube und Hoffnung. Sie sehen irgendwelche Wirtschaftserholungen am Rande des Horizonts. Sie wollen und Sie werden, aber Sie haben nichts gemacht. Das ist Ihr Fehler in diesem Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Besonders charmant fand ich das Eingeständnis, dass in der Tat die Haushalte hier verfassungswidrig sind. Herr Moron, das haben Sie schön gesagt. Dazu kann ich Ihnen nur gratulieren.

Ich sage Ihnen an dieser Stelle auch ganz deutlich: Die Feststellung, dass diese Haushalte verfassungswidrig sind, haben Sie in der Vergangenheit doch schon zweimal bestätigt bekommen. Sie lernen daraus doch nicht. Man kann Ihnen Verfassungsgerichtsurteile vorlegen, aber Sie legen wieder einen verfassungswidrigen Haushalt vor. Sie sind lernresistent, und Sie sind gescheitert - im Bund und im Land. Das wird sich am 22. Mai auch erweisen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Denn entscheidend an kommt es auf die Themen Arbeitslosigkeit, Bildungsmisere, Schulden und schlechte Wirtschaftsdaten. Das sind doch die Gründe dafür, dass Sie in Schleswig-Holstein letztendlich die Mehrheit verloren haben und nun hoffen, durch den SSW künstlich beatmet zu werden.

Arbeitslosigkeit, Bildungsmisere, Schulden und schlechte Wirtschaftsdaten sind auch die zentralen Probleme in Nordrhein-Westfalen.

Bei diesen Ergebnissen, bei diesen Zahlen, die hier vorliegen, sieht sich Herr Steinbrück aber auf der Überholspur. Ich kann nur sagen: Wenn Sie dort sind, dann allenfalls als politischer Geisterfahrer in die falsche Richtung.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir reden hier und heute über die Ergebnisse und die Aussichten Ihrer Haushalts- und Finanzpolitik. Die Zahlen sind doch nun nicht nur dramatisch, sondern sie sind erschreckend: Wir haben eine Million und mehr Arbeitslose in Nordrhein-Westfalen - wir alle wissen, dass die verdeckte Arbeitslosigkeit immer noch dazukommt - und bald 110 Milliarden € Schulden. Herr Moron, wie man da die Chuzpe haben kann, von einer guten Bilanz zu sprechen, ist mir schleierhaft. Das ist verheerend, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Zu Beginn des rot-grünen Experiments hier in Nordrhein-Westfalen vor zehn Jahren gab es ca. 750.000 Arbeitslose. Heute haben wir eine Million.

Zu Beginn des rot-grünen Experiments hatten wir gut die Hälfte der Schulden von heute.

Sie sehen, meine Damen und Herren, ganz deutlich: Dieses rot-grüne Projekt kommt uns im wahrsten Sinne des Wortes teuer zu stehen.

(Beifall bei der FDP)

Sie behaupten - das war auch heute natürlich wieder Ihre Diktion, Herr Moron -, die Probleme dieses Landes seien auf die schwierige Weltkonjunkturlage zurückzuführen. Die Probleme dieses Landes seien so einzigartig, dass wir keine anderen Chancen hätten.

Dann frage ich Sie: Warum schaffen das die europäischen Nachbarländer? Warum schaffen sie es mit halben Arbeitslosenquoten, mit besserem Wirtschaftswachstum? Schauen Sie nach Irland. Irland war ein Agrarstaat, und die haben heute Wachstumsraten in Höhe von 7 % und 8 %. NRW hat so gut wie nix. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall bei FDP und CDU)

Kommen Sie mir auch bitte nicht mit der Deutschen Einheit oder Ihrer Lieblingsausrede der Erblast der Vorgängerregierung im Bund. Warum schaffen es denn andere Bundesländer? Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz? Sogar Niedersachsen hat uns inzwischen überholt, nachdem dort die Trümmer Schröderscher

Landespolitik beseitigt worden sind. Meine Damen und Herren, das ist ein Vorbild für Nordrhein-Westfalen. Ein Regierungswechsel bringt einen Mentalitätswechsel, einen Aufbruch, eine neue Stimmung. Das wollen wir auch für dieses Land.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie sagen ja gern, dass wir das Land schlecht reden. Wir sagen: Die Menschen sind stark, aber sie werden schwach regiert. Das ist das Kernproblem dieses Landes.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wo Rot-Grün regiert, hinterlassen sie verbrannte Erde. Die Probleme unseres Landes sind hausgemacht. Wir werden nur durch eine konsequente Wachstumspolitik die Misere beseitigen.

Doch dieses Wachstum ist nicht in Sicht. Bei Ihren Prognosen - ein Prozent, Herr Rüttgers hat es gesagt - wird kein einziger Arbeitsplatz zusätzlich entstehen. Das heißt, wir brauchen eine Dynamik in diesem Land. Nur ausreichendes Wachstum verringert die Arbeitslosigkeit, reduziert die Ausgaben und saniert den Haushalt. Das heißt: Geringe Steuern und Abgaben sowie Abbau von Hemmnissen auf dem Arbeitsmarkt und Abbau von bürokratische Hürden sind Kernziele für dieses Land,.

Herr Steinbrück, man muss Ihnen das immer konzidieren: Sie können alles wissenschaftlich gut erklären. Aber Sie machen nichts. Sie erklären in Interviews, Sie hätten gegen Arbeitslosigkeit kein Patentrezept. - In Wahrheit haben Sie gar kein Konzept.

Konzeptionslos, erfolglos, hilflos - das sind die Attribute dieser Regierung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Der Ministerpräsident startete als der kühle Kopf aus dem Norden, als der Denker und Reformier. Dann musste der Kuschel-Peer her, der mit Wohlfühlpolitik die Herzen der Sozialdemokraten erobern sollte.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Der Mann ist eben vielseitig!)

Sie sollten die Trumpfkarte der SPD sein. Doch nun, nach dem Scheitern von Frau Simonis und ihrer Personalisierungskampagne, werden Sie von Herrn Schartau ent-peer-sonifiziert. Herr Steinbrück sei ein guter Kandidat, aber alleine schaffe er es nicht - so ein Zitat von Herrn Schartau.

(Zuruf von Manfred Palmén [CDU])

Jetzt plötzlich sollen wieder Inhalte her. Aber meine Damen und Herren, was haben Sie zu bieten? - Ein 15-seitiges Programmchen Magerquark! -

(Heiterkeit bei der CDU)

Das wird nicht reichen für die Zukunft dieses Landes.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie sind für Steinkohle und gegen Studiengebühren. Meine Damen und Herren, das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Das ist mit Volldampf voraus zurück in die Vergangenheit, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Die Zitate von Ihnen dazu sind gestern gefallen - Herr Moron, sie sind in prominenter Begleitung, was die Frage nach der Richtigkeit von Studiengebühren angeht. Sie müssen sich doch einmal festhalten lassen. Sie werden von Ihren eigenen Leuten nicht mitgenommen. Sie sind möglicherweise ein Stückchen weiter, aber die Leute folgen Ihnen nicht. Das ist Ihr Problem.

Wir sind an dieser Stelle klar aufgestellt. Deshalb muss man sehr deutlich sagen: Wir wollen Studiengebühren, weil wir nur so die Misere in den Hochschulen beseitigen. Wir wollen ein Leistungs- und Gegenleistungssystem. Der Student soll wissen, warum er etwas bezahlt und dass er etwas dafür bekommt. Wir wollen das durch Stipendien und Darlehen sozial abfedern und - das ist der größte Unterschied zu Ihrer Politik - wir werden den Hochschulen diese Mittel belassen. Wir werden nicht, wie Sie es getan haben, die Langzeitstudiengebühren in den Haushalt einsacken. Sie werden vielmehr den Studenten zugute kommen. Es werden auch nicht zugleich die Bildungsausgaben gekürzt. Das ist die entscheidende Voraussetzung für eine Verbesserung der Bildungspolitik.

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf von Ministerin Hannelore Kraft)

Meine Damen und Herren, die Grünen haben ein etwas umfangreicheres Programm. Dafür sind die Folgen schrecklicher. Dort wird eindeutig eine weitere Drangsalierung von Wirtschaft und Gesellschaft angedeutet. Ich kann das mit einem Zitat von DIHK-Präsident Ludwig Georg Braun vom 1. Februar auf einen Punkt bringen. Er klagte über eine weit verbreitete "'Ignoranz' neuen Technologien gegenüber". Weiter heißt es, viele For-

schungsbereiche wie die Atomtechnologie, die grüne Gentechnik, Stammzellenforschung und Nanotechnologie seien hierzulande mit Technikfeindlichkeit und Aversion belastet.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Diese Technikfeindlichkeit hat einen Namen. Dieser Name ist Hohn. Sie ist und bleibt das leibhaftige Investitions- und Innovationshindernis und der größte Irrtum, den wir uns in den letzten zehn Jahren geleistet haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und CDU - Widerspruch bei den GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Das ist platt! Plattes Gerede!)

Es gibt eine Ausnahme bei Ihrer Technikfeindlichkeit. Die ist ca. 140 bis 160 m hoch und dreht sich manchmal, nämlich dann, wenn der Wind weht. Das sind die Windräder und die industriellen Windkraftanlagen.

(Zuruf von der SPD)

Der nackte Wahnsinn in einem windarmen Binnenland. Aber das wollen Sie nicht erkennen. Sie bauen Windmühle um Windmühle. Sie ziehen den Menschen über die Stromrechnung das Geld aus der Tasche. Das ist listig gemacht. Sie sagen dann, das sei keine Subvention. - Was ist das anderes? Das ist eine klare Subvention einer wirtschaftlich und energiepolitisch unsicheren Technik.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das Schöne ist, dass die Profiteure dieser Windkraftindustrie Sie hinterher mit Spenden unterstützen. Ich schaue dabei auf unsere Abfallwirtschaftsexperten. Das ist in Wahrheit grüne Kreislaufwirtschaft, meine Damen und Herren: Spenden von denen, die man vorher gefüttert hat. - Danke schön, meine Damen und Herren, das begrüßen wir wirklich in hohem Maße.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP - Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Herr Hubertus Schmoldt, der sicherlich auch der SPD unverdächtig sein dürfte,

(Zuruf von der SPD: Möllemann-Nachfolger!)

hat ganz deutlich gesagt, die Vorstellung der Grünen, unser Land sei mit Windkraftstrom dauerhaft und sicher zu versorgen, sei hirnrissig. - Der Mann hat recht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Grünen sitzen mittlerweile in öffentlich-rechtlichen Apparaten. Sie haben die Ministerialbürokratie schön aufgebläht. Sie werden dabei natürlich immer die Möglichkeit haben, grüne Parteifreunde aus dem Landeshaushalt zu versorgen. So werden z. B. bei der Natur- und Umweltschutzakademie in NRW Kurse wie "Fledermäuse im Frühjahr" oder "Grundlehrgang zur Ameisenhege" mit 250.000 € subventioniert, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Manfred Palmén [CDU])

Der gleiche Betrag ist für zwei neue Feldhamsterexperten vorgesehen, die auf Vermutungsbasis Hamstervorkommen kartieren sollen. Denn die possierlichen Tierchen werden ja nicht gesehen, d. h. die Experten vermuten, dass dort Hamster sein könnten, und kartieren dann sicherheitshalber ein bisschen herum. Diesem Spuk grüner Spielwiesen werden wir bald ein Ende bereiten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Diese Grünen haben Ihre Glaubwürdigkeit längst verloren.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Atompolitik, Waffenexporte, Wehrpflicht und Menschenrechte - überall haben sie ihre Überzeugungen verraten. Der Gipfel ist natürlich der Menschenhändler-Erlass, den wir gestern besprochen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Menschenhändler-Erlass - das ist unglaublich! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Jetzt höre ich: Wir werden am Wochenende auf dem Parteitag eine Entschuldigung von Herrn Fischer bekommen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Da kann ich nur sagen: Dann soll er sich doch bitte entschuldigen. Er muss sich entschuldigen bei den Menschen, die auf dem Strich gelandet sind; er muss sich entschuldigen bei seinen Parteifreunden;

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Sie müssen sich entschuldigen!)

er muss sich bei der SPD entschuldigen, die durch die Fehlentscheidungen mit in den Abgrund gerissen wird. Aber, meine Damen und Herren, Entschuldigungen reichen nicht aus.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Lüge! - Gegenruf von der FDP: Gut zuhören!)

Die Fakten müssen auf den Tisch!

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Lüge!)

Wann hat wer von der katastrophalen Lage erfahren? Wo liegen die Versäumnisse? Wo sind die Menschen geblieben, die eingeschleust wurden? Waren die NRW-Grünen am Fischer-Volmer-Erlass beteiligt?

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Diese Tatsachen müssen auf den Tisch!

(Beifall bei FDP und CDU)

Diese Regierung hat inhaltlich und personell abgewirtschaftet. Es geht immer schneller bergab. Da kann ich nur deutlich sagen: Wir wollen das neue NRW. Wir sagen nicht nur, was in diesem Land schlecht läuft; wir sagen auch, wie es besser gehen kann.

(Ralf Jäger [SPD]: Los jetzt!)

Das wollen Sie hier seit Jahren nicht hören. Ich werde das dennoch auch heute wieder mit der gleichen Überzeugung vortragen. Was wir wollen, sind neue Jobs, bessere Bildung und starke Innovationen - Dinge, die Sie hier seit Jahren verhindern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ein Gesamtprogramm für mehr Wachstum, für neue Arbeitsplätze - das heißt auch Änderung von lieb gewordenen Gewohnheiten. Die Subventionierung der deutschen Steinkohle muss ein Ende haben. Deswegen ist für uns die Landtagswahl im Mai auch eine Entscheidung über den Ausstieg aus der Subventionierung der deutschen Steinkohle. Fast 500 Millionen € aus dem Landeshaushalt gehören nicht in die dunklen Kohleschächte, sondern in die Zukunft und damit in Forschung und Innovation investiert.

Wir wollen Menschen entlasten und Unternehmen nicht länger in die Pleite treiben. Sie werden es nicht verstehen, ich weiß, dass es Ihnen immer schwer fällt, diese Argumentation richtig zu internalisieren: Höhere Steuersätze bedeuten nicht höhere Steuereinnahmen. Ihre Idee, noch ein bisschen Vermögensteuer, ein bisschen mehr Erbschaftsteuer, ein bisschen mehr Wassersteuer - was Ihnen alles so einfällt -, bringt den Staat nicht voran, meine Damen und Herren. Der Weg ist richtig: Niedrige Sätze bei wenigen Ausnahmen bringen mehr in die Kassen und mehr Wachstum für dieses Land.

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU - Widerspruch bei den GRÜNEN)

Die Sonderbelastungen für dieses Land - da ist zu Recht gesagt worden, dass wir es uns nicht leis-

ten können, die EU-Maßstäbe ständig nach oben zu korrigieren - müssen zurückgeführt werden. Nur das ist konsequente Mittelstandspolitik. Die Ausrichtung darauf, dass der Mittelstand wieder eine Chance bekommt, in diesem Lande wirklich etwas zu unternehmen, Entbürokratisierung mit Verfallsdaten und Beweislastumkehr für alle Vorschriften, das sieht unser Gesetz vor, das wir eingebracht und das Sie mit Ihrer rot-grünen Mehrheit niedergestimmt haben.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Wir müssen uns natürlich auch endlich der Frage stellen: Welche Aufgaben soll dieser Staat noch wahrnehmen? Wir müssen feststellen - auch mit Blick auf andere Länder -, dass es wichtig ist, den Menschen mehr zurückzugeben. Das heißt: Verantwortung zurückgeben; das heißt aber auch: Vertrauen zurückgeben, Zutrauen in ihre eigene Handlungsbereitschaft, in ihre Handlungsfähigkeit. Ich bin sicher, dass dieser Weg, den viele Länder um uns herum gegangen sind, auch in Nordrhein-Westfalen Früchte tragen wird, allerdings nicht mehr mit Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der rot-grünen Front.

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, in keinem Bundesland ist das Portemonnaie der Eltern so entscheidend für den späteren Bildungserfolg wie in NRW. Herr Moron, da kann ich nur sagen: Was Sie uns hier immer erzählen, ist unglaublich. Platz 16 unter allen Bundesländern haben Sie an dieser Stelle! 39 Jahre Sozialdemokratie! Sagen Sie mir doch bitte: Was ist sozial an dieser Bildungspolitik?

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Rote Laterne! Wieder einmal! Wir wollen in Bildung investieren und allen jungen Menschen beste Bildungschancen geben, egal, wie das Portemonnaie ihrer Eltern aussieht.

Wir werden den Rechtsanspruch der Zweijährigen auf einen Betreuungsplatz bis 2010 nach dem 22. Mai einführen. Ich glaube, das ist ein Beitrag dazu, dass Familie und Beruf wirklich besser vereinbart werden können.

Wir werden auch die frühkindliche Betreuung durch Tagesmütterprogramme verbessern. Sie alle hatten in den letzten fünf Jahren, in denen wir als FDP das miterlebt haben, doch die Chance, das einzuführen. Sie haben es nicht getan. Es sind Mickymaus-Zahlen, die Sie vorzuweisen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

2 % der unter Dreijährigen haben eine Möglichkeit der Versorgung. Ist das die Opposition hier schuld, Frau Löhrmann? Bleiben Sie doch mal auf dem Teppich! Sie haben es nicht geschafft, hier den Turn-around herzustellen. Deswegen haben Sie auch kein Recht, wiedergewählt zu werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der FDP - Lachen bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir werden an dieser Stelle mit Ihnen auch über die Schulstruktur streiten.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Gerne!)

Es ist nämlich nicht so, Herr Moron, dass man sich da einfach vom Acker machen kann.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Wir haben hierzu Zitate von Ihnen und auch vom Ministerpräsidenten, dass das Ziel ist, die Einheitsschule mit Einheitsbrei auf niedrigem Niveau zu schaffen. Stellen Sie sich der Diskussion und sagen Sie nicht: Darüber reden wir später mit den Lehrerverbänden, mit den Elternverbänden! Sprechen Sie vorher darüber! Volksabstimmung über dieses Thema am 22. Mai! Das ist ehrlich. Dann lassen Sie den Wähler entscheiden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Es ist nämlich völlig irre, zu glauben, dass man durch eine andere Schulstruktur die Probleme lösen kann. Was wir brauchen, ist keine Reform der Struktur, sondern eine Kultur der Anstrengung in diesem Bereich, meine Damen und Herren. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei FDP und CDU)

Diese Anstrengung in den Strukturen Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen, die wollen wir. Wir werden das machen - durch Leistung und Wettbewerb. Das sind die Themen.

Das geht natürlich voll gegen die Intention der Grünen: Kuschelpädagogik. Bis vor kurzem wollten Sie die Kinder noch bis acht, neun Jahre im Kindergarten lassen, bloß nichts mit Bildung zu tun haben. Das ist über Jahre Ihr Thema gewesen.

(Monika Düker [GRÜNE]: So ein Quatsch! - Zuruf von der SPD: Blödsinn!)

Deswegen kann ich nur sagen: Wir werden für einen frühen Bildungseinstieg kämpfen, weil die

jungen Menschen wissbegierig sind, weil sie lernbegierig sind. Sie wollen auch Leistungskontrollen, sie wollen Diktate - alles, was Sie abgeschafft haben in diesem Lande, meine Damen und Herren. In der Grundschule keine Diktate mehr - das ist lächerlich. Die Halbjahreszeugnisse im dritten Schuljahr abzuschaffen, ist genauso lächerlich. Wir werden und wir müssen das ändern, denn es will keiner. Fragen Sie draußen die Menschen, die sind stinksauer über diese Art von Politik.

(Beifall bei FDP und CDU)

Dann führen Sie nach vielen, vielen Jahren - ganz widerwillig - das Abitur nach zwölf Jahren ein. Was hört man aus der Schullandschaft? Statt die Stunden, die jetzt sozusagen durch das 13. Schuljahr "frei werden", auf die anderen Jahre 1:1 umzulegen und damit entsprechend Unterrichtssicherung und Leistung möglich zu machen, werden die Stunden eben nicht im Gymnasium gelassen. Damit werden wir wieder erleben, dass Bayern und Baden-Württemberg bei der Anzahl der erteilten Schulstunden vor uns liegen. Daneben lassen Sie den Unterricht auch noch ausfallen, was erschwerend hinzukommt. Das ist ein Skandal, meine Damen und Herren, das ist Leistungsfeindlichkeit pur, das ist keine Orientierung an guten Abschlüssen.

(Beifall von Heinz Hardt [CDU])

Vielmehr, Herr Moron, ist das ja Ihr Thema: Viele Abiturienten, egal wie der Leistungsstand ist. Das muss geändert werden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir wollen ein forschungsfreundliches Land, wir wollen Bio- und Gentechnologie aktiv fördern, wir wollen Menschen die Chance geben, auch Therapie und Heilung zu bekommen durch Forschung und Entwicklung aus unserem Land. Nicht teuer einkaufen, sondern selber machen heißt das Motto, meine Damen und Herren. Diese Innovationsfreude bringen wir ein in eine neue Periode dieses Landtags. So sieht unser neues NRW aus. Die zehn verlorenen Jahre müssen aufgeholt werden. Die Menschen haben das nicht verdient, was Sie als verheerende Bilanz hier vorzuweisen haben.

Alle Umfragen, lieber Herr Moron, zeigen, dass die Wechselstimmung in diesem Land ungebrochen, sogar wachsend gut ist. Deswegen werden Sie sich nicht darauf stützen können, dass Sie einen Ministerpräsidentenbonus haben.

(Edgar Moron [SPD]: Das ist doch Ihre Formulierung!)

Ich glaube, es ist unbestritten, dass ein Ministerpräsident zunächst einmal als Amtsinhaber einen Vorteil hat.

(Zuruf von Edgar Moron [SPD])

Aber wenn der "Vorteil" bei 39 % liegt, dann ist es kein Vorteil mehr. Dann ist es kein Bonus mehr, dann ist es ein Malus.

(Zuruf von Edgar Moron [SPD])

Deswegen werden wir - das haben Sie auch gemerkt - den Wahlkampf in erster Linie über die Themen führen.

(Dorothee Danner [SPD]: Haben Sie ein neues Rechensystem?)

Ich glaube, dass dieser Wahlkampf über die Themen entschieden werden wird, denn die Zahlen, die Sie zu verantworten haben, sind dramatisch. Ich will Sie gerne noch einmal nennen, damit Sie sich einprägen, warum Sie bei den Menschen kein Vertrauen mehr haben: 1 Million Arbeitslose; das ist Spitze. 110 Milliarden € Schulden; das ist auch Spitze. Was die Pleiten in diesem Lande, die Schicksale, die dahinter stehen, anbetrifft, sind Sie auch Spitze. Das muss und wird der Wähler abstrafen. - Ich danke Ihnen sehr, meine Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Wolf. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Wolf, ich bin immer wieder erstaunt, mit welcher merkwürdigen Selbstgewissheit Sie über legale Spenden an politische Parteien sprechen,

(Zuruf von Lothar Hegemann [CDU])

die im Spendenbericht des Bundestages ausgewiesen sind, wissend, welche Vergangenheit die FDP in Nordrhein-Westfalen hat: mit einem Spendenskandal erster Güte,

(Beifall bei den GRÜNEN)

mit einem Wahlkampf erster Güte, der eben auf Illegalität aufgebaut war.

Zweiter Punkt, Herr Wolf. Wenn ich die Sprachgebung, die Sie im Zusammenhang mit dem Visa-Ausschuss verwenden, rekapituliere, dann merkt man einmal mehr, dass bei der FDP Rechtsstaat-

lichkeit und Bürgerrechtsprinzipien nicht nur im Grab, sondern schon vermodert sind.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von Lothar Hegemann [CDU])

Wenn Sie nach PISA von Bildungspolitik sprechen, dann ist das wirklich so, als wenn ein Blinder von der Farbe spricht. Wie Sie hier die Zusammenhänge verdrehen, das spricht für sich. Wie Sie Halbwahrheiten in die Welt setzen, das spricht für sich. So sagen Sie nicht, dass unser Modell der Schulzeitverkürzung, um nur das herauszugreifen, bedeutet, dass wir 12.000 zusätzliche Stellen in die gesamte Sekundarstufe I geben, weil wir wollen, dass viele Kinder bessere Bildungsabschlüsse machen, und zwar am Ende der Sekundarstufe I und am Ende der Sekundarstufe II. Also: Innovation, Investition in Bildung ist unser Programm.

Eine letzte Anmerkung zur FDP vorweg. Herr Witzel hat gestern ausnahmsweise einmal Recht gehabt, Herr Wolf: Es sprach der Vorsitzende des FDP-Landtagsproblems.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Herr Rüttgers, wir mönnen Ihnen ja, dass Sie diese Woche etwas munterer und besser gelaunt durch den Landtag stolzieren. Dann schreien Sie nicht immer so; das ist ganz angenehm.

(Zuruf von der CDU: Aber Sie schreien!)

Aber - ich sage es noch einmal - eine stolz geschwellte Brust macht noch keinen guten Ministerpräsidenten. Wir haben auch noch Zeit bis zum 22. Mai.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Muster - das ist Ihr Problem - der einfachen Lösungen, das Muster der Selbstsuggestion trägt nicht, sondern Kärnerarbeit ist angesagt, im Parlament, im Land und für die Menschen. Vernetztes Denken ist angesagt, nicht das Muster der einfachen Lösungen. Das wissen die Menschen auch. Alle Lebenspraxis in den Familien, in Freundschaften, in Vereinen und Verbänden - das wissen alle, die uns heute zuhören - zeigt, dass das Leben nicht nur schwarz oder weiß, gut oder böse, richtig oder falsch ist, sondern dass das Leben viele Schattierungen und viele Farben hat. Die Lösung von Strukturproblemen - mit denen haben wir es zu tun - lässt sich nicht durch Knopfdruck oder Schaltermulgen erledigen. Das sind langwierige Veränderungsprozesse, in denen es immer wieder um den Ausgleich von Interessen und Meinungen geht.

Ja, wir haben Probleme, und wir arbeiten daran. Wir reden mit den Menschen, aber wir reden ihnen nicht nach dem Mund. Sie tun es immer wieder. Sie reden den Menschen nach dem Mund.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir stellen uns der Realität, wir halten Widersprüche und Zielkonflikte zwischen Konsolidierung und Sparnotwendigkeiten aus. Wir tun das Machbare und Notwendige, aber wir verlieren unsere Ziele und Visionen nicht aus dem Auge.

(Ralf Witzel [FDP]: Wo leben Sie denn?)

Das unterscheidet uns von Ihnen. Sie versprechen allen das Blaue vom Himmel – kein Wort dazu, wer das bezahlen soll. Ihre Zumutungen setzen Sie abstrakt in den Raum und machen Sie nicht konkret. Das ist ein großes Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weil die Menschen diese Unlauterkeit und Unredlichkeit genau spüren, trauen Sie Ihnen - zu Recht - nicht über den Weg. Diese versuchte Verdummung der Menschen zieht einfach nicht, Herr Rüttgers.

Jetzt komme ich zu Ihren vermeintlichen Alternativen. Was haben Sie für ein Bohei gemacht mit der Ankündigung einer eigenen "Kritischen Bilanz der Regierungsarbeit"! Das durfte Herr Reck vortragen. Wow, habe ich da gedacht, jetzt sagen die endlich einmal, was sie wo und vor allem wie besser machen würden. Tja, und dann ging der Schuss nach hinten los, wie zu hören und nachzulesen war.

Das Interessanteste an dieser Bilanz war das, was Sie nicht genannt haben.

- Sozialpolitik: Fehlanzeige! Aber gut, dazu ist Ihnen noch nie viel eingefallen.
- Frauen- und Kinderpolitik: Fehlanzeige!
- Wissenschaft und Hochschule: Fehlanzeige, aber Sie wollten wohl an Ihre Zeit als Bundesbildungsminister lieber nicht erinnert werden.
- Migrationspolitik, Integration, Europapolitik, Verwaltungsreform, Medien und Recht: Fehlanzeige!

Das ist schon schlimm genug, aber es kommt noch doller:

- Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft, Verbraucherschutz: Fehlanzeige!

- Wohnungsbau und Stadtentwicklung: Fehlanzeige.

Ja, das kann doch nur heißen: Offenbar sind die Leistungen der Landesregierung auf diesen Feldern und insbesondere die Leistungen der beiden grünen Minister Michael Vesper und Bärbel Höhn so gut, dass Sie eine Auseinandersetzung mit ihnen scheuen. So kann man das doch nur interpretieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das ist dann auch gut so und spricht für sich. Herr Rüttgers, das war keine Bilanz, das war ein Schweizer Käse - mit riesengroßen Löchern drin.

Ausgiebig versuchen Sie sich an der Bildungspolitik. Das, was Sie da zu Papier bringen, würde ich in zwei Rubriken unterteilen. In der einen haben Sie fleißig bei uns abgeschrieben, und zwar das grüne Wahlprogramm aus dem Jahr 2000, was in das Regierungshandeln eingeflossen ist. Plötzlich sind auch Sie für selbstständige Schulen und für Ganztage. Den anderen Teil könnte man aber unter die Überschrift packen: Zurück in die 50er Jahre. Geteilte Schulen, Aussondern der Kinder, das sind Ihre Rezepte.

(Ralf Witzel [FDP]: Oh!)

Alle Ratschläge von Experten, alle Untersuchungen, alle Studien werden von Ihnen aus ideologischen Gründen ignoriert: Nix sehen, nix hören, nix lernen - das ist Ihr Dreiklang.

Meine Damen und Herren, nicht genug damit, dass Sie weiter auf ein Schulsystem setzen, das Kinder aussortiert und in dem viele zurückbleiben, Sie wollen auch den Hochschulzugang wieder über den Geldbeutel regeln. Ich finde es gut, dass wir die Frage der Studiengebühren am 22. Mai den Wählerinnen und Wählern stellen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben da gut vorgesorgt. Wir haben ein Studienkontenmodell gegen viele Widerstände durchgesetzt. Das zeigt, dass es ein gutes Modell ist, bei dem uns viele gefolgt sind. Das ist zukunftsfähige Politik, wenn man die Weichen rechtzeitig richtig stellt.

Jetzt versuchen Sie, Herr Rüttgers, eingehakt bei Ihren Kollegen in Berlin mit dem Untersuchungsausschuss und der sogenannten Visaaffäre eben nicht Aufklärung zu leisten, sondern durch die Hintertür wieder Ressentiments und Ängste vor dem Fremden, dem Anderen, zu schüren und politisch zu nutzen.

Nach der "Kinder statt Inder"-Nummer vor fünf Jahren versuchen Sie es jetzt mit "Visa statt PI-SA". In Ermangelung tauglicher Konzepte zünden Sie wieder einmal eine Nebelkerze. Wenn sich der Nebel verzogen haben wird, stehen Sie allerdings immer noch ohne Konzept da. Ihre ideologischen Scheuklappen behindern Sie bei der Sicht auf die Realitäten und Erfordernisse einer modernen Welt ebenso wie das Herangehen in einer ehrlichen Debatte.

Ein eklatantes Zeugnis Ihrer Wirklichkeitsverleugnung ist übrigens auch Ihr sogenanntes Kulturpapier, Herr Rüttgers. Ich kann nur allen Bürgerinnen und Bürger empfehlen, das zu lesen, was Sie da geschrieben haben. Denn da wird einmal mehr deutlich, wes Geistes Kind Sie sind. Herr Rüttgers, die wohl größte kulturelle Herausforderung, vor der unsere Gesellschaft heute steht, ist die Gestaltung einer gemeinsamen Gesellschaft mit Gruppen aus vielfältigen Kulturen und Religionen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Andere Gesellschaften haben uns das vorge-macht: von England über Skandinavien, Kanada, Amerika. Damit will ich deutlich machen, dass wir uns nicht an irgendwas orientieren, sondern an dem, was unsere Gesellschaft ausmacht.

Und was beschreiben Sie als Ihr Ziel? Die - ich zitiere - "Rückgewinnung unserer Kultur". Gemeint ist wohl das von Friedrich Merz ins Gespräch ge-brauchte Schlagwort von der Leitkultur. Sie glauben doch nicht im Ernst, dass dieser Begriff auch nur annähernd die Grundlagen unserer europäi-schen Kultur fassen kann, vom Islam als Quelle der europäischen Kultur und Teil unserer heutigen deutschen Gesellschaft ganz zu schweigen. Das, Herr Rüttgers, ist nicht nur fahrlässig, das ist ge-fährlich.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, über Zahlen im Haus-halt ist gestern im Detail gesprochen worden. Ich will auf eine andere Zahl eingehen, die für mich und uns erschreckend ist und die uns sehr um-treibt. Über 980.000 Arbeitslose in unserem Land sind für uns ebenso viele Gründe für zusätzliche politische Anstrengungen, um die Rahmenbedin-gungen zu verändern, damit Erwerbsarbeit für die Menschen wieder möglich wird. Ich warne noch einmal vor Ihrer Suggestion der einfachen Lösun-gen.

Wir - Rot-Grün hier und Rot-Grün in Berlin - ha-ben eine ordentliche Bilanz vorzuweisen. Wir ha-ben uns in Bund und Land auf den Weg gemacht: Wir haben die Bürgerinnen und Bürger und vor

allem die mittelständischen Unternehmen steuer-lich deutlich entlastet. Mit den Hartz-Reformen haben wir den Arbeitsmarkt modernisiert, auch hier gegen viele Widerstände.

Wir haben in NRW eine Infrastruktur aus Techno-logiezentren, Transferstellen der Hochschulen und Instituten, um Innovationen zu fördern. Wir haben neue Finanzierungsmodelle für den Mit-telstand eingeführt. Wir unterstützen Forschung und Innovation, wo es nur geht - so sind 25 % al-ler Patentanmeldungen aus der Nanotechnologie aus NRW. Und es gibt keine Landesregierung, die mit dem Bürokratieabbau so ernst gemacht hat wie unsere: 50 % aller Erlasse wurden gestrichen. Die Modellregion OWL nenne ich nur als Stich-wort.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das alles sind Maßnahmen, die nicht von heute auf morgen wirken - da sollte sich keiner etwas vormachen -, die aber notwendig sind. Es gibt, das muss man ehrlicherweise sagen, keine wirk-lich einfachen Antworten. Wer das tut, handelt fahrlässig. Kärnerarbeit ist angesagt.

Die Politik kann selbst keine Arbeitsplätze schaf-fen, wir können nur Rahmenbedingungen verbes-sern. Das tun wir. Wenn diese Rahmenbedingun-gen dann aber so gut sind, dass ein Unternehmen wie zum Beispiel die Deutsche Bank Riesenge-winne macht und trotzdem Arbeitsplätze abbaut, dann ist das schon eine Riesensauerei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da können wir noch so viel beschließen, wenn Managementfehler wie bei Opel das Unterneh-men in Turbulenzen bringen und dann die Be-schäftigten wieder die Suppe auslöffeln müssen. Und in dieser Situation fordert Ihr neuer Berater Herr Merz wieder einmal die Abschaffung des Kündigungsschutzes. Damit verunsichern und ängstigen Sie die Menschen, und damit stören Sie den notwendigen Weiterentwicklungs- und Wand-lungsprozess in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, es ist schon eigenartig. Man könnte fast sagen, wenn man die Debatte hier heute verfolgt, dass wir offensichtlich in einer Zeit der Ungleichzeitigkeiten leben. Wieso? Wäh-rend Vertreterinnen und Vertreter fast aller politi-schen Gruppierungen, von Verbänden, von Me-dien, viele Bürgerinnen und Bürger in vielen Ge-sprächen, die man tagein, tagaus so führt, mehr Offenheit und Redlichkeit anmahnen, wird von der Opposition getrickst, getäuscht, die Wahrheit ver-

bogen, werden die Scharmützel der 60er-Jahre wieder zum Leben erweckt. Aber sie sagt nichts zur Zukunftsfähigkeit des Landes. Sie präsentiert keine durchdachten, in sich stimmigen Konzepte. Sie mimt Verständnis und gaukelt Wolkenkuckucksheime vor.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Was nun: Wolken oder Kuckucksheime?)

Sie verschanzen sich in den Schützengräben der ideologischen Feldschlachten von vorgestern.

(Lothar Hegemann [CDU]: Auf geht's!)

Herr Rüttgers, die Menschen erwarten von uns Ernsthaftigkeit und Ehrlichkeit.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Okay!)

Sie erwarten von uns angesichts der großen Herausforderung auch gemeinsame Kraftanstrengungen: bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, bei den Finanzen und dem Abbau der Staatsverschuldung, in der Bildungspolitik, um nach PISA unseren Kindern die bestmögliche Bildung zu verschaffen, in der Einwanderungs- und Integrationspolitik, um einerseits den Erfordernissen eines modernen, auf offene Grenzen angewiesenen Landes Genüge zu tun und andererseits die realen Probleme des Zusammenlebens und des Sicherheitsbedürfnis der Menschen zu gestalten, bei Innovations- und Forschungspolitik, um Wirtschafts-, Umwelt- und ethische Fragen gewinnbringend zu verbinden.

Wissen Sie, was uns in Regierung und Koalitionsfraktionen von Ihnen unterscheidet, meine Damen und Herren von der Opposition? Uns unterscheidet vor allem die Redlichkeit und das Herangehen an die Probleme in der politischen Debatte:

Redlichkeit in der Haushaltsdebatte, Redlichkeit bei den Arbeitsmarktzahlen, Redlichkeit bei der Einwanderungspolitik, Redlichkeit bei Problemen der Innen- und Sicherheitspolitik - so könnte ich die Aufzählung fortführen.

Wir verfahren nicht immer nach dem einfachen Muster - so oder so -, sondern wir gehen den mühsamen Weg, Kompromisse und den Ausgleich von Interessen zu finden. Auch wenn es nicht immer einfach ist, die Zahlen von Verschuldung und Arbeitslosigkeit offen zu nennen und zu beschreiben und Konzepte zu diskutieren, wie gesellschaftliche Bedingungen verändert und Widersprüche aufgelöst werden können - wir tun es jedenfalls.

Ja, meine Damen und Herren, wir wissen selbst, dass der Haushalt sehr knapp auf Kante genäht

ist, dass die zusätzlichen Schulden das verträgliche Maß übersteigen, dass es trotzdem - da zeigt sich das Widerstreiten - an allen und Ecken fehlt. Das wissen wir. Aber wir sagen auch das. Wir verstecken uns nicht hinter hohlen Phrasen und vermeintlichen Finanzierungsvorschlägen, sondern wir handeln. Wir steuern das Land durch sehr schwere See.

Sie jedoch, lieber Herr Oppositionsführer, Sie haben keine eigenen Positionen. Sie lavieren und lamentieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Also: Da fahren der Herr Rüttgers, der Herr Palmen, der Herr Biesenbach, der Herr Kruse und wie sie alle heißen übers Land und versprechen:

- 4.000 neue Lehrerstellen
- mindestens 1.000 neue Polizistinnen und Polizisten
- Hunderte neue Stellen bei der Justiz.

Und der unvermeidliche Herr Engel sekundiert von seinem blaugelben Wagen: "Ja, ja, ja - mehr Polizei!", und das Weihnachtsgeld will er erhöhen, die Reiterstaffel wieder einführen, und so weiter und so fort. - Macht alles zusammen rund 500 Millionen € zusätzliche Ausgaben im Jahr.

Jetzt kommen wir zur Gegenfinanzierung. Herr Palmen und Herr Engel möchten das Haus Höhn plündern und erläutern bei Veranstaltungen wie jüngst in Kleve der verdutzten Zuhörerschaft die Gegenfinanzierung durch die Abschaffung des Ökolandbaus und der Waldpädagogik.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Genial!)

Aus dem Landeshaushalt fließen in beide Positionen zusammen etwa 3,2 Millionen €. Ich wiederhole es: 500 Millionen sollten es sein, 3,2 Millionen haben wir schon.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Das ist genial!)

Dass wir dann allerdings Mittel von Bund und EU von fast 13 Millionen für NRW verlieren würden, das ist nicht so wichtig, das haben Sie übersehen. Bleibt also ein größeres Loch. Wie das gestopft werden soll, sagen Sie nicht.

Noch besser ist aber Herr Rüttgers. Allen Ernstes bietet er die angeblichen Windkraftsubventionen als Finanzierung dieser zusätzlichen Ausgaben an. Aus dem Landeshaushalt fließt aber nun mal kein einziger Euro in die Windkraft.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Das ist noch genialer!)

- Genau, das ist noch genialer. - Die Finanzierung der erneuerbaren Energien - das sollten Sie doch wissen - erfolgt über den Strompreis, geregelt durch das bundesweit gültige Erneuerbare-Energien-Gesetz.

Wollen Sie nun die neuen Stellen des Landes durch dieses Erneuerbare-Energien-Gesetz finanzieren? Das wäre mal eine originelle Idee. Ich höre schon Harald Schmidt, wie er verkündet, dass Sie das Energieeinspeisegesetz in ein Lehrereinspeisegesetz umfunktionieren wollen. Damit wäre Ihnen wenigstens ein Lacher sicher.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Entweder haben Sie die Regelungen nicht verstanden oder spielen mit Falschinformationen. Das ist unredlich, das ist Volksverdummung.

Noch ein Vorschlag: Keine Schulbuchfreiheit mehr für Reiche, dafür mehr Lehrer für alle. Das klingt gut. Das ist aber nicht nur die Vermischung von Sach- und Personalmitteln, Herr Rüttgers; Sie können noch nicht einmal Kommunal- und Landeshaushalt auseinander halten. Wo haben Sie eigentlich Ihre politische Reifeprüfung gemacht, Herr Kollege? Wie kommen Sie eigentlich auf einen solchen Unsinn? Herr Rüttgers, alle Ihre finanzpolitischen Sparvorschläge sind nichts als bunte Seifenblasen, die beim ersten Kontakt mit der Wirklichkeit zerplatzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will jetzt auch noch auf die Vorwürfe eingehen, die Sie insbesondere, was die finanzpolitischen Rahmenbedingungen betrifft, hier vorgetragen haben.

Erstens. Allein aus der Höhe der Gesamtverschuldung kann man eben nicht auf eine solide bzw. unsolide Finanzpolitik schließen. Warum? - Zunächst hat das Land praktisch keinen Einfluss auf seine Einnahmesituation. Nur über den Bundesrat können wir begrenzt Einfluss nehmen.

Wenn also die Einnahmeseite gesetzt ist über die Bundespolitik - die große Steuerreform hat den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern eine Entlastung von 30 Milliarden € gebracht und den öffentlichen Haushalten entsprechend hohe Mindereinnahmen - und wenn die Einnahmen noch dazu aufgrund einer andauernd konjunkturell schwachen Entwicklung zurückbleiben - pro Prozentpunkt fehlenden Wirtschaftswachstums fehlen im Landeshaushalt rund 450 Millionen € -, dann besteht für das Land nur die Möglichkeit, auf der Ausgabenseite zu handeln.

Kurzfristig können wir durch Einsparungen im Bereich der disponiblen Mittel reagieren. Das haben wir getan. Und das war bitter. Edgar Moron hat das zu Recht gesagt.

Darüber hinaus haben wir Konsolidierungsanstrengungen unternommen. Im Laufe der letzten Jahre sind insgesamt mehrere Milliarden Euro eingespart worden. Wir haben u. a. bei den Personalausgaben erhebliche Kürzungen vorgenommen. Wir haben bei den freiwilligen Leistungen bis an die Schmerzgrenze gekürzt. Kein Bereich ist ausgenommen worden - einzige Ausnahme: Bildung.

Einsparungen und Kürzungen müssen zwangsläufig da an Grenzen stoßen, wo die soziale oder ökologische Nachhaltigkeit gefährdet ist oder in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage die Konjunktur belastet würde. Daran haben wir uns zu Recht orientiert.

Fazit: Die Haushalts- und Finanzpolitik eines Landes, die primär nur auf der Ausgabenseite handlungsfähig ist, ist dann solide, wenn sie sich um Ausgleich zwischen den Erfordernissen der Konsolidierung und der Konjunktur sowie sozialer und ökologischer Ziele bemüht. Sie kann nicht einseitig nur an der Verschuldungssituation gemessen werden. Da machen Sie es sich zu einfach.

In diesem Sinne haben wir eine ausgewogene Haushalts- und Finanzpolitik verfolgt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens. Um das strukturelle Defizit mittelfristig abzubauen, haben wir notwendige Strukturveränderungen in Angriff genommen:

Wir haben die Reform des öffentlichen Dienstes angestoßen. Wir haben die Einführung der neuen Steuerungsinstrumente wie etwa die Personalkostenbudgetierung eingeführt. Wir haben die Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik auf neue Füße gestellt. Wir haben die Polizeistrukturen reformiert, die entlastet wird. Wir haben die Selbstständige Schule auf den Weg gebracht und reformieren die Schulaufsicht.

Alle, aber auch wirklich alle Maßnahmen mussten wir gegen Ihren Protest durchsetzen. Erst dann, wenn sich der Erfolg unserer Politik erweist, springen Sie bei und wollen Sie mit dabei sein. Herr Rüttgers, das nenne ich nicht Politik, das nenne ich Opportunismus.

Meine Damen und Herren, eine hohe Verschuldung verringert dauerhaft die Verteilungs-, Gestaltungs- und Handlungsspielräume eines Landes. Dies zu ändern wird allerdings nicht nur mit Maß-

nahmen, die auf der Ausgabenseite wirken, möglich sein. Es muss auch zu einer besseren Einnahmesituation kommen. Diese wird nicht allein über Wachstum zu erreichen sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Notwendig ist primär ein massiver Abbau von Subventionen, sowohl von Finanzhilfen als auch von Steuersubventionen. Diesen Gleichklang von Steuersenkungen, Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und Subventionsabbau hat die grüne Politik immer gefordert. Blockiert hat sie nicht zuletzt die CDU im Bundesrat, die infolgedessen eine Mitverantwortung für die Situation der Landesfinanzen trägt.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Bestes Beispiel: die Eigenheimzulage, 1 Milliarde € im Jahr für NRW.

Meine Damen und Herren, alle Länder in der Bundesrepublik haben die gleichen Finanzierungsprobleme. Den Umbau der Verwaltung z. B. durch ein einheitliches Dienstrecht, aber auch den Subventionsabbau schaffen wir nur durch gemeinsames Handeln auf Bundesebene. Also, Herr Rüttgers, reden Sie hier nicht herum, zeigen Sie Mitverantwortung, organisieren Sie eine Umkehr bei den unionsgeführten Landesregierungen!

Noch kurz zur kleinen Oppositionspartei: Sie hat noch weniger zu bieten. Auf den Punkt gebracht lautet ihr Credo: Privatisierung - GmbHs - im Bildungssystem, Atomkraft statt erneuerbare Energien, Streckenstilllegungen bei der Bahn und im ÖPNV, mehr Fluglärm nach dem Motto: Wer das Fenster öffnet, ist selber schuld. - Das reicht, um zu zeigen, dass mit Ihnen kein Staat zu machen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist die konsequente Weiterentwicklung des Möllemann-Programms. Ich erinnere an den zehnspurigen Autobahntunnel durch das Ruhrgebiet, Castortransporte mit dem Zeppelin. Ich würde mir wünschen, dass Sie sich mit dem Erbe, was die Schulden angeht, doch noch ein bisschen ernsthafter auseinander setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unverantwortliche ideologische Blockaden und Kampagnen der Union und der so genannten Liberalen schaden unserem Land, schaden dem Wirtschaftsstandort NRW und schaden den Bürgerinnen und Bürgern.

Diese Blockaden müssen und werden wir durchbrechen. Wir haben eine hervorragende Infra-

struktur in NRW, wir haben hoch qualifizierte und äußerst motivierte Menschen, wir haben leistungsstarke Unternehmen, wir schaffen hervorragende Bedingungen für Unternehmensgründer. Und auch für ausländische Investoren ist die unmittelbare Nähe zu einem Markt mit 18 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern eine hervorragende Adresse. Das wollen und werden wir weiter ausbauen.

Wir schaffen ein Klima, das unsere Stärken stärkt und Zuversicht ausstrahlt. Wir schaffen ein Klima, das Bildung, Forschung und Entwicklung fördert, das die Herausforderungen der Zukunft als willkommene Anstrengungen annimmt und nicht als Bedrohung auffasst.

Mit Energieeffizienz und ökologischer Technologieentwicklung sichern wir die Zukunft Nordrhein-Westfalens als Energieland Nr. 1 in Deutschland. So bleiben wir auch zukünftig Exportweltmeister. Ein positives Klima für die Wirtschaft mit positivem Klima für die Klimapolitik zu verbinden, das schafft auch ein positiveres Klima für den Arbeitsmarkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die heutige Debatte hat wieder einmal gezeigt: Die Opposition ist rückwärts gewandt und unehrlich. Man kann aber die Herausforderungen der Zukunft nicht mit den Rezepten der Vergangenheit bestehen. NRW braucht eine Regierung, die sich klare Ziele setzt, die pragmatisch zupackt und die Nachhaltigkeit zum Grundprinzip ihrer Politik erhebt.

Und deshalb braucht NRW nach dem 22. Mai die Grünen in der Landesregierung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. - Für die Landesregierung spricht der Ministerpräsident.

Peer Steinbrück, Ministerpräsident: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe Ihre Rede, Herr Rüttgers, und auch Ihre, Herr Wolf, bis jetzt ungefähr vier- oder fünfmal gehört. Es steht 50:50, dass ich diese Reden in der jetzigen Aufgabenverteilung noch einmal höre.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es sind immer dieselben Bilder. Es ist die Rede von Verfall, gelegentlich redet Herr Rüttgers auch schon von Verwahrlosung. In seiner Neujahrsansprache beim CDU-Empfang war von Verwahrlo-

sung die Rede. Es sind immer dieselben Begriffe, es sind dieselben Charakterisierungen, es fallen Sätze, bei denen mir gelegentlich die Frage durch den Kopf geht, ob die Ihrem intellektuellen Selbstanspruch nicht ins Gesicht schlagen. Denken Sie sich einen Satz wie "Rot-Grün macht arm" selber aus, oder kommt er aus der Semantikküche Ihres Büros?

(Zurufe von der CDU: Er stimmt!)

Welcher politische, welcher intellektuelle Anspruch steht hinter "Rot-Grün macht arm"? Wollen Sie umgekehrt von mir ähnliche Sätze hören? Haben Sie den Eindruck, dass das die Wählerinnen und Wähler in irgendeiner Form für Politik einnehmen könnte, dass sie sich darüber für Politik interessieren könnten?

Bei Herrn Wolf fällt der Satz - man muss sich das einmal durch den Kopf gehen lassen -: Sie haben kein Recht, wieder gewählt zu werden.

(Heiterkeit bei der SPD)

Verteilen Sie irgendein Recht, wer wieder gewählt werden kann: ja oder nein? Diejenigen, die darüber entscheiden, sind die Wählerinnen und Wähler.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Oder ein Satz - heute nicht gesprochen - von Herrn Rüttgers: Die - die SPD - wollen nur die Macht.

(Oh-Rufe bei der SPD)

Mir ist spontan durch den Kopf gegangen: Wollen Sie die nicht?

(Zurufe von SPD und GRÜNEN: Nein!)

- Nein? - Aber wenn Sie die nicht wollen, Herr Rüttgers: Warum treten Sie dann an?

(Beifall und Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Warum bewerben Sie sich dann? Macht ist ein politisches Mandat, das in der Demokratie auf Zeit verliehen wird. Was ist an diesem Satz dran? Was bedeutet die Aussage: "Die wollen nur die Macht", oder qualitativ ähnliche Sätze, die heute gefallen sind?

Ich habe den Eindruck, dass wir in dieser ritualisierten Auseinandersetzung nicht so richtig weiterkommen. Ich will mich gar nicht erst verzetteln bezogen auf diverse Einzelheiten, die Sie stets wiederholen und die teilweise falsch sind:

Das Thema Lehrerstellen haben wir jetzt vier- bis fünfmal gehabt.

Es macht keinen Sinn, Ihnen noch einmal die unterschiedlichen Verwaltungsstrukturen eines Wirtschaftsministeriums und eines Umweltministeriums zu erklären, die sich in verschiedenen Kontroll- und Genehmigungszuständigkeiten und einem anderen Verwaltungsaufbau widerspiegeln. Das spiegelt sich dann auch in den unterschiedlichen Stellen, die diesen zugeordnet sind, wider.

Über das Eichamt zu reden, das übrigens als Landesbetrieb einen Selbstfinanzierungsgrad von weit über 90 % hat, macht auch keinen Sinn. Selbst wenn Sie dieses Eichamt privatisieren, geht es immer noch um die Frage, ob Sie die dort Beschäftigten dann im Keller des Finanzministeriums einsperren wollen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das sind alles Einzelheiten, die in so einer Rede vorkommen und bei denen man wahrscheinlich einen stundenlangen Aufwand hätte, um sie richtig zu stellen. Diesen stundenlangen Aufwand will ich nicht betreiben.

Sie verfangen sich immer wieder in demselben Bermudadreieck, das schon in diversen Reden und Auftritten hier eine Rolle spielte. Dieses Dreieck besteht aus folgenden Komponenten: einerseits aus Ihren Vorstellungen, Ihren Forderungen, Ihren Versprechen, Ihren Aussagen, man könnte die Steuern senken, müsste zweitens den Schuldenabbau stärker betreiben und drittens aus der Tatsache, dass Sie Forderungen erheben, die auf Milliarden Mehrausgaben im Landeshaushalt hinauslaufen. In diesem Dreieck verheddern Sie sich permanent.

Gestern oder vorgestern haben Sie eine Pressekonferenz mit Herrn Kauder gegeben, in der ich von Ihnen eine bemerkenswerte Formulierung fand, um aus diesem Dreieck herauszukommen. Sie lautete: Steuersenkungen sind derzeit nicht möglich.

(Edith Müller [GRÜNE]: Aha!)

Das ist ein großer Erkenntnisfortschritt. Andere CDU-Politiker waren da etwas schneller als Sie. Aber immerhin! Von Ihnen kommt zum ersten Mal der richtige Hinweis, dass wir den Wählerinnen und Wählern im Moment keine Steuersenkungen versprechen können, wenn wir die staatliche Aufgabenwahrnehmung wie die Bereitstellung von Infrastruktur - personell: Lehrer und Polizisten, materiell: Förderprogramme, Infrastruktur und institutionell - nicht weiter schwächen wollen. Das ist eine wichtige Aussage. Sie müssten dann allerdings intellektuell redlich einräumen, dass der

soziale Ausgleich ihres Kopfpauschalensmodells damit geradezu in sich zusammenbricht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist der Kern, der dahinter steht. Ich möchte keine Polemik in die Diskussion bringen, aber der soziale Ausgleich Ihres Prämienmodells in Höhe von 20, eher sogar 25 Milliarden € wird dadurch finanziert, dass Sie Steuersenkungen nicht so stark betreiben, wie Sie es ursprünglich tun wollten. Jetzt sind Sie auf dem richtigen Trip: Es kann keine Steuersenkungen geben. Das bedeutet, bei der Realisierung Ihres Prämienmodells fehlen Ihnen 20 bis 25 Milliarden €.

Ich habe generell keine Mühe, einem Teil Ihrer Analyse zuzustimmen, was die Situation der öffentlichen Haushalte betrifft. Ihren krampfhaften Versuch, dies als eine Besonderheit in Nordrhein-Westfalen und damit als ein spezifisches Versagen der hiesigen Landespolitik darzustellen, vollziehe ich allerdings nicht nach. Dieses Land ist in dem Gesamtgeflecht der Finanzbeziehungen und der Einnahmeentwicklungen aller öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland keine Insel.

Wir haben es in der Tat mit einer dreijährigen Flaute zu tun. Dies spiegelt sich auf der Einnahmenseite wider. Wir stimmen darin überein, dass wir deshalb schnell ein größeres Wachstum benötigen.

Wir haben erhebliche Steuererleichterungen realisiert. Die rot-grüne Koalition in Berlin hat dies mit Unterstützung dieses Landes in einer Dimension von 55 bis 60 Milliarden € für die Bürgerinnen und Bürger und für die kleinen und mittleren Unternehmen - weniger oder gar nicht für die großen Unternehmen - realisiert. Wir hatten in den Jahren 2002/2003 eine Phase, in der das Aufkommen der Körperschaftsteuer bundesweit geringer war als das Aufkommen der Biersteuer. Dies alles spiegelt sich auch in einem Landeshaushalt wider.

Wenn wir mit Blick auf den 22. Mai in einen Wettbewerb über das Thema eintreten wollen, ob diese Landesregierung unter konjunkturellen Gesichtspunkten richtig beraten ist, diese Einnahmeausfälle dadurch zu finanzieren, dass wir noch weiter sparen, muss man sich fragen, ob das ein konjunkturell richtiger Ansatz ist.

(Helmut Stahl [CDU]: Ja!)

- Nein, nach allem, was ich von den Sachverständigen in dieser Republik höre, ist dies ein falscher Ansatz.

Der richtige Ansatz ist, alle durch Mehrausgaben bedingten Entwicklungen durch Einsparungen zu erbringen. Wir haben eine konjunkturorientierte Einnahmenlinie und eine stabilitätsorientierte Ausgabenlinie zu vertreten. Das ist das Grundprinzip dieses Landeshaushalts. Ich kann bisher nicht erkennen, dass es Vorschläge gibt, die überzeugender sind als die von uns vertretene Linie.

Nehmen wir an, wir müssten die Einnahmeausfälle in Milliardenhöhe dadurch kompensieren, dass wir noch mehr in diesen Haushalt hineingehen. Das würde bedeuten: Die Konjunktur stürzt noch stärker ab, und die Wachstumsraten tendieren wahrscheinlich gegen null, wenn es nicht sogar noch schlimmer kommt. Keiner kann volkswirtschaftlich begründen, dass dies ein vernünftiger Kurs ist.

(Helmut Stahl [CDU]: Doch!)

- Nein, das können Sie nicht. Ich hole mir Stellungnahmen vom Sachverständigenrat ein. Ich habe dazu auch Zitate aus dem Sachverständigenrat.

(Zurufe von der CDU)

- Sie können einen anderen Kurs vertreten. Ich stehe zu dem Kurs, der Gegenstand unserer Haushaltspolitik ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn Sie einen anderen Kurs in dieser eher prinzipiellen Frage vertreten, dann schaue ich danach, wo es konkrete Sparvorschläge der CDU gibt, die Ihre haushaltspolitische Linie rechtfertigen könnten. Ich schaue mir also an, wo Sie Einsparungen oder Mehreinnahmen generieren.

Sie sind für die noch schnellere Einführung eines flächendeckenden Angebots von Ganztagsgrundschulen, als wir das wollen. Es freut mich, dass Sie hinsichtlich des Konzepts der Ganztagsbetreuung auf unser Schiff gesprungen sind. Das war vor drei Jahren noch anders.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dies war vor drei Jahren auch aufgrund Ihres ganz anderen familien- und frauenpolitischen Weltbildes der Fall. Damit drücke ich mich wirklich unideologisch aus; ich könnte es auch anders formulieren. Dasselbe gilt übrigens für den Modellversuch "Selbstständige Schule". Es freut mich auch, dass Sie inzwischen bei diesem Modellversuch inhaltlich-konzeptionell angelangt sind.

Sie wollen mehr Lehrer einstellen. Sie wollen die Privatisierung von Sonderbehörden. Sie werden dabei aber die gewünschten Einspareffekte vor dem Hintergrund dessen, was ich zum Eichamt sagte, nicht haben. Sie wollen Bezirksregierungen auflösen. Aber in Niedersachsen ist dadurch bisher kein einziger Euro eingespart worden. Außerdem würde ich gern einmal mit Herrn Luckey aus dem Lippischen und mit einigen anderen aus der Arnberger und der Münsteraner Region darüber reden, wie man in der CDU denkt.

(Zurufe von Helmut Stahl [CDU] und Dr. Ingo Wolf [FDP])

Ich weiß ziemlich genau, wie die Betroffenen vor Ort in Arnberg, Münster und Detmold darüber denken.

Sie sprechen von einem jährlichen Stellenabbau in der Landesverwaltung in Höhe von 1,5 %. Sie reden dabei wahlweise von den Landesministerien oder von der inneren Verwaltung. Wir kommen auch bei wiederholtem Nachrechnen darauf, dass es sich dabei um 375 kw-Stellen handelt. Wie wollen Sie mit diesen 375 kw-Stellen 4.000 zusätzliche Lehrer finanzieren?

(Beifall bei der SPD und von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das müssen Sie den Menschen doch erklären.

Etwas vorsichtiger reden Sie dann wieder von der Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen. Ich dachte, es kommt noch einmal der "Brüller" mit der Veräußerung der Landesanteile an dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb mit den 2,4 Milliarden €. Das war damals eine Granate. Sie haben das noch nicht wieder gebracht, weil Sie gemerkt haben, dass Sie Aktiva und Passiva nicht so richtig auseinander gehalten haben.

Dann kündigen Sie dem Publikum ein Programm für Wachstum und Beschäftigung an. Vertreter Ihrer Fraktion kündigen ein Sonderprogramm zur Verkehrsinfrastruktur an. Sie wollen die Rücknahme aller Kürzungen im Bereich der sozialen Infrastruktur. Sie wollen die Rücknahme des Wasserentnahmeentgeltes. Jedenfalls bis vorgestern wollten Sie immer auch noch eine Steuerreform, die nicht nur zu einem einfacheren und transparenteren Steuersystem führt, sondern auch zur Absenkung des Spitzensteuersatzes auf 35 oder 36 %.

Wie passt das alles zueinander? Wie erklären Sie das? Gar nicht? Oder machen Sie es so wie in anderen CDU-geführten Ländern, z. B. à la Hessen? Dort werden die Schlüsselzuweisungen an die Kommunen um 18 % gekürzt. Nicht schlecht!

Das macht die CDU-Regierung vor dem Hintergrund einer wahnsinnigen "Kommunalfreundlichkeit" in Hessen. Stellen Sie sich einmal vor, wir würden das machen.

In Baden-Württemberg wird eine Deckung über vorzeitige Zinseinnahmen bis 2017 aus Einlagen bei der Landesbank vorgenommen. Stellen Sie sich vor, der Finanzminister oder ich hätten so etwas vorgeschlagen. Sie hätten uns hinausgejagt. So betreiben aber CDU-Politiker Haushaltspolitik. Davon ist bei Ihnen nirgendwo die Rede. Die Situation in den genannten Bundesländern ist aber nicht anders als die in Nordrhein-Westfalen.

Dann bringen Sie zum wiederholten Mal die Geschichte mit der Steinkohle. Herr Moron hat schon das Notwendige dazu gesagt. Geht es nicht über Ihre Lippen, dass darüber wahrscheinlich 20.000 bis 30.000 Menschen gekündigt werden muss, ohne dass Sie diese sozial auffangen können? Das müssen Sie den Menschen in Nordrhein-Westfalen doch sagen: In ganz bestimmten Regionen, z. B. in Hamm, an der Rheinschiene und woanders, muss damit gerechnet werden, dass 20.000 bis 30.000 Menschen dann sofort an die Luft gesetzt werden müssen. Dies generiert erheblich höhere soziale Kosten als die eingesparten Beihilfen.

(Zurufe von der CDU)

weil die Arbeitsplätze nicht sozialverträglich abgebaut werden können und das Übergangsgeld der RAG/DSK diese nicht auffängt, abgesehen davon, dass wir dann in Nordrhein-Westfalen etwas hätten, was ich als einen technologischen Fadenriss bezeichnen würde, denn die Wertschöpfungskette, die damit verbunden ist, ist für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen, den Sie genauso betonen wie ich, von erheblicher Bedeutung.

Denken Sie an die guten Kraftwerke, die wir konstruieren und weltweit exportieren, mit Wirkungsgraden von 47, 48 %. Das wäre weltweit der beste, der grandioseste Beitrag zum Umweltschutz. Stellen Sie sich einmal vor, es würde solche Kraftwerke in China geben. Die Kraftwerke dort haben Wirkungsgrade von 22 %. Mit Blick auf die gute deutsche Bergbautechnologie und die Mengen- und Preisrisiken der vergangenen Monate auf den Weltenergiemärkten und Rohstoffmärkten stellt sich die Frage, ob wir die heimischen Energierohstoffe nicht auf einem gewissen Sockel erhalten sollten. Wäre das so unvernünftig?

(Beifall bei der SPD)

Selbst wenn ich nicht in diese Argumentation verfalle, müssen Sie den Menschen sagen, wie hoch

die Kosten sind, die vom Steuerzahler, von denjenigen, die Sozialversicherungsabgaben leisten, gezahlt werden müssen, um die Menschen aufzufangen, die durch Ihren Kurs buchstäblich ins Bergfreie rutschen würden. Hierzu gibt es kein Wort von Ihnen.

Zur Windenergie hat Frau Löhrmann das Notwendige gesagt. In die Windenergie fließen keine Mittel aus den Einnahmen des Landeshaushaltes, sondern das läuft alles über die Tarifzahler. Weiteres möchte ich dazu nicht ausführen.

Sie haben eine Strategie der Ehrlichkeit ausgerufen, Herr Rüttgers. Ich habe mir einmal Ihr Wahlprogramm angesehen, das wohl auf dem Parteitag am 5. März verabschiedet werden soll. In diesem Wahlprogramm finde ich nach Ihren Berechnungen - wir kommen zu ganz anderen Berechnungen; die sind etwa doppelt so hoch - einen Mehrbedarf von 1,8 Milliarden € in den nächsten fünf Jahren. Dem stellen Sie - genauso wenig nachvollziehbar, aber ich akzeptiere es - Einsparungen von 1,9 Milliarden € entgegen.

Das heißt, Sie schlagen diesem Haus und dem Publikum eine jährliche Einsparung von sage und schreibe 20 Millionen € vor. Das ist der Gegenstand Ihres Programms. Ihr Programm besagt, dass Jahr für Jahr zwischen den Mehrausgaben, die Sie tätigen wollen, und den Einsparungen, die Sie vorschlagen, eine Differenz von 20 Millionen € liegt.

Das beeindruckt den Finanzminister und mich wenig, weil wir im Doppelhaushalt 2004/2005 für Haushaltsverbesserungen von sage und schreibe 2,8 Milliarden € gesorgt haben. Das ist die Relation.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie vergreifen sich ja immer in sehr charakterisierenden und moralischen Kategorien über die Verschuldung, es sei alles unmoralisch, was natürlich dem Ministerpräsidenten des Landes angeheftet wird. Ich finde, Sie sollten etwas vorsichtiger damit umgehen. Sie waren doch Mitglied einer Bundesregierung, die hinsichtlich der Entwicklung des Gesamthaushaltes und der Zinsquote eine ganz ähnliche Entwicklung mit zu verantworten hatte. Sie waren doch damals dabei, als in Ihrer Mitverantwortung in diesem Bundeskabinett, von Herrn Kohl zu verantworten, eine Zinslastquote von 10 % erreicht wurde. Sie haben doch damals genau den Weg in die Verschuldung eingeschlagen. Wieso ist heute unmoralisch, was damals moralisch war? Ich verstehe diesen Unterschied nicht.

Sie sagen dann: Wir werden Opfer verlangen müssen, das müssen wir den Menschen heute schon sagen, und das will ich Ihnen heute sagen. - Sagen Sie den Menschen doch endlich, welche Opfer Sie verlangen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das haben Sie schon bei einer Rede in Kerkrade gesagt, bei der es um Europapolitik ging. Ich dachte immer: Der Mann, der mich herausfordert, spitzt den Mund, aber er muss doch auch einmal pfeifen. Er muss doch vor der Wahl endlich sagen, welche Opfer verlangt werden. Stattdessen höre ich nur das Geräusch von ablaufendem Badewannenwasser. Es kommt nichts.

Ihre Standardaussage lautet: Wir werden vor der Wahl noch klar sagen, wie die Finanzierung aussieht. - Wann kommt das denn? Das interessiert mich. Ich würde darauf gerne antworten. Herr Rüttgers, Sie sind ein Meister des Ungefährlichen. Überall "witschen" Sie heraus, und dort, wo es schwierig wird, bekennen Sie sich nicht. Sie sind die personifizierte Beliebigkeit, von der Sie selber so häufig reden, weil die tief in Ihnen drin sitzt. Das ist der Punkt: Bei Ihnen ist alles beliebig.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Aussage: "Wir werden noch vor der Wahl klar sagen, wie die Finanzierung aussieht", lege ich mir auf Wiedervorlage.

Mit Blick auf die Kritik an Vertretern der Landesregierung interessiert mich auch, wer eigentlich bei Ihnen der Mann oder die Frau ist, die haushalts- und finanzpolitische Verantwortung übernehmen soll. Das Land Nordrhein-Westfalen müsste doch eigentlich wissen, mit wem Sie antreten. Sind Sie das, Herr Diegel?

(Lachen bei SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Oder vielleicht Herr Breuer?

(Erneut Lachen bei SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Lassen wir es einmal dahingestellt.

Herr Rüttgers, mir fällt auf, dass Sie gelegentlich stilistische Ausflüge machen und über die Mittelmäßigkeit der Landesregierung reden. Sie sollten aber aufpassen, dass Ihnen eine solche Messlatte nicht auf die Füße fällt. Sind Ihre Aussagen über die Mittelmäßigkeit von Vertretern der Landesregierung auch eine Messlatte für Ihr personales Alternativangebot in der Haushalts- und Finanzpolitik?

(Michael Breuer [CDU]: Schön vorsichtig, Herr Steinbrück! - Weitere Zurufe von der CDU)

Ich finde, es ist in der Politik geboten, mit wechselseitigen Benotungen vorsichtig zu sein, von mir Ihnen gegenüber, aber auch umgekehrt.

Meine Damen und Herren, dieser Landeshaushalt hat kein Ausgabenproblem.

(Zurufe von der CDU)

Die Ausgaben im Haushaltsplan 2005 sinken im Vergleich zum Haushaltsplan 2004 um 1,7 %, wenn man z. B. den durchlaufenden Posten zu Hartz IV herausrechnet, was nur fair ist. Wir haben aber definitiv ein Einnahmenproblem.

(Zurufe von der FDP)

- Wir sollten einmal darüber reden, ob das Versprechen der FDP zu realisieren ist, die Steuereinnahmen noch weiter zu senken.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist doch illusorisch. Damit können Sie vielleicht gegenüber denjenigen, denen es verhältnismäßig besser geht, eine Klientelpolitik betreiben - aber doch nicht gegenüber denjenigen, die darauf angewiesen sind, dass es einen handlungsfähigen Staat mit der Finanzierung öffentlicher Güter gibt, die wir alle brauchen. Das ist jedenfalls in meinen Augen nicht überzeugend.

Ich finde hier übrigens gerade die Zitate des Sachverständigenrates, lasse sie aber aus zeitlichen Gründen weg.

Ja: Die Arbeitslosigkeit ist das Hauptproblem, mit dem wir es zu tun haben. Ich habe in der Tat keinen Königsweg - das ist richtig -, sondern glaube, dass sich die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus mehreren Facetten zusammensetzt. Soweit es in der Reichweite der Landesregierung liegt, werden wir jede Anstrengung unternehmen, um diesem Problem, diesem Übel, entgegenzutreten. Richtig!

Dies setzt sich dann wie folgt zusammen: Es beginnt mit wichtigen Bestandteilen der Bildungspolitik, die in Vorbereitung auf Qualifikationsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt von Bedeutung sind.

Es setzt sich mit der Förderung von Existenzgründungen fort. Ich glaube, bei einem fairen Urteil würden Sie zugeben, dass sich auf diesem Feld in den letzten Jahren einiges entwickelt hat und dass sich auch die Selbstständigenquote in Nordrhein-Westfalen verbessert hat.

Weiter geht es mit der Förderung des Mittelstandes. In einer ausgewogenen, einigermaßen aus-

balancierten Debatte würden Sie auch zugeben, dass wir bei der Entbürokratisierung einige Schritte vorangekommen sind.

Es geht weiter über Forschung und Entwicklung, über die Technologieförderung und über schnelle Prozesse des Technologietransfers bis hin zu Rahmenbedingungen, mit denen wir versuchen müssen, das Gewicht Nordrhein-Westfalens in diese Debatten einzubringen.

Herr Rüttgers, ich habe mir sehr genau angeschaut, was denn Ihre darüber hinausgehende, "viel weitere und überzeugendere" Vorstellung dazu ist. Ich habe mir sagen lassen, dass Sie in der Pressekonferenz - ich glaube, auf die Frage von Herrn Nitschmann - Folgendes erklärt haben:

Erstens. Wir müssen etwas für den Mittelstand tun. - Ja, da unterscheiden wir uns nicht.

Zweitens. Der unüberschaubare Wust an Förderungsprogrammen soll zusammengeführt werden. - Ja, wir übergeben gerade unsere Förderungsprogramme einem sehr viel besseren zentralisierten Management bei der NRW.BANK. Da sind wir uns auch einig.

Drittens. Die Investitionsquote der öffentlichen Hand, gerade auch auf kommunaler Ebene, muss erhöht werden. - Dazu sage ich auf der abstrakten Ebene Ja. Sie müssen mir vor dem Hintergrund der Haushaltsprobleme, über die ich gerade gesprochen habe, aber sagen, wie.

Viertens. Wir sollen im Bundesrat dafür Sorge tragen, dass wir eine Steuerreform bekommen - und jetzt kommt es -, die nicht zu Steuersenkungen - das ist der neue Akzent, den Sie gesetzt haben; das geht im Moment nicht, haben Sie gesagt -, sondern dazu führt, dass es ein einfacheres, gerechteres Steuersystem gibt. - Da haben Sie mich an Ihrer Seite. Ich glaube, dass wir ein transparenteres, von Ausnahmetatbeständen entschlacktes Steuerrecht brauchen - ohne dass ich deshalb jemandem in Aussicht stellen kann, dass es darüber netto zu einer Entlastung der Steuerzahler kommt. So etwas kann ich mir in unserer derzeitigen Lage bei dem Schuldenberg, den wir im Augenblick haben und irgendwann abtragen müssen, nicht vorstellen.

Fünftens. Wir sollen in Brüssel darauf hinwirken, dass nicht durch Subventionen der Europäischen Union die Verlagerung von Arbeitsplätzen aus Deutschland nach Osteuropa gefördert wird. - Ja. Darüber habe ich gerade mit der Kommissarin Danuta Hübner gesprochen. Darüber habe ich vor kurzem noch einmal mit dem Bundeskanzler geredet. Demnächst wird der Kommissar Günter

Verheugen hier sein, um u. a. über solche Nullsummenspiele in einem Fördergefälle der neuen erweiterten Europäischen Union zu sprechen.

Wenn das Ihre fünf zentralen Punkte sind, dann sage ich ganz unterkühlt und überhaupt nicht polemisch: Denen kann ich zustimmen. In weiten Teilen wird da ja vieles gemacht. Aber wo ist denn das, was darüber hinausgeht und was so überzeugend ist, dass Sie sagen können: "Die Landesregierung versagt auf ganzer Linie und führt dieses Land in den Abgrund"? - Das, was Sie da vorgeschlagen haben, hat doch nicht die Qualität, um eine solche Bewertung aufzumachen.

Meine Damen, meine Herren, wir tragen eine Verantwortung für ein Land, das mit Abstand das bevölkerungsreichste der Bundesrepublik Deutschland ist, das zu den wirtschaftsstärksten Ländern gehört, das kulturell sehr vielfältig ist, das sportlich in der Spitze mitspielt, das in einer sehr günstigen Verkehrsgeographie liegt, das international sehr geöffnet ist, das tolerant und das welt offen ist. Wir sind, wenn man so will, die vierzehntgrößte Volkswirtschaft der Welt. Wir erwirtschaften ein Bruttosozialprodukt von 500 Milliarden €. Auf dieses Land entfällt ein Drittel aller Auslandsinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland. Das ist kein Indiz von Schwäche. Das ist ein Hinweis auf die Stärke dieses Landes.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir sind der bedeutendste Messeplatz in Europa. Wir verfügen über 34 der 100 größten deutschen Unternehmen. Neun von 30 DAX-Unternehmen haben ihren Standort in Nordrhein-Westfalen und weisen gerade eine glänzende Gewinnentwicklung auf.

Wir haben 700.000 kleine und mittlere Unternehmen.

Wir haben einen erfreulich positiven Gründungssaldo - selbst in den Jahren, in denen es uns konjunkturell nicht so gut ging. Ich beklage mit Ihnen jede einzelne Insolvenz. Es wäre aber fair, in der Darstellung darauf hinzuweisen, dass dieses Land unter Abrechnung dieser Insolvenzen einen fünfstelligen positiven Gründungssaldo hat. Auch das gehört zur Beschreibung dieses Landes.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir haben die dichteste Hochschul- und Bildungslandschaft.

Ich sage das nicht, um Fehler und Defizite zu verstecken. Ja, wir haben vieles richtig gemacht, aber wir haben nicht alles richtig gemacht. Dieses Land hat an einer Reihe von Stellen absolute

Probleme, die ich überhaupt nicht verschweigen will. Das größte Problem ist die Arbeitslosigkeit. Die Landesregierung kann nicht vollmundig versprechen, in kürzester Zeit dieser Arbeitslosigkeit Herr zu werden.

Wir haben es mit Fliehkräften in dieser Gesellschaft zu tun. An vielen Stellen droht diese Gesellschaft sich eher auseinander zu entwickeln, als sich zu integrieren. Der Ort, wo das am ehesten stattfindet, sind Stadtviertel und Kommunen, bei denen wir aufpassen müssen, dass wir nicht in Parallelgesellschaften hineingleiten - mit erheblichen sozialen Kosten. Das heißt, dass wir in der nächsten Legislaturperiode mehr denn je dafür Sorge tragen müssen, zu einer Stadtteilpolitik zu kommen, bei der z. B. der integrative Charakter von Schulen, das Wohnumfeld, der Einzelhandel und das bürgerschaftliche Engagement einen höheren Stellenwert bekommen, als wir ihnen heute einräumen und bisher eingeräumt haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dies wird sich auf die Instrumente auswirken müssen, die dieses Land anwendet. Es wird uns in diesem Zusammenhang nichts in den Schoß fallen. Wir haben einen anstrengenden Weg vor uns. Ich denke aber, dass Zuversicht und auch Selbstvertrauen begründet sind.

Wie ich sagte, haben wir nicht alles richtig gemacht. Das sage ich für diese Landesregierung. Wir haben aber vieles richtig gemacht. Das wissen Ihre Wähler, und unsere Wähler wissen das auch. Ich bin mir ganz sicher, dass die Wähler nicht mehr diesen sehr einseitigen Bewertungen trauen, nach denen die Regierung immer sagt: "Das, was wir gemacht haben, ist alles richtig und alles toll!", und die Opposition sagt: Das, was die Regierung gemacht hat, ist alles Schwachsinn, das ist alles Verfall, das ist alles eine Katastrophe! - Mit einem solchen Wahlkampf trete ich nicht an.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Palmén, Ihre Körpersprache ändert gar nichts daran. Und ich sage Ihnen, dass wir weder Schönfärberei noch Schwarzmalerei brauchen. Wir brauchen allerdings auch nicht die Autosuggestion und die Selbsthypnose, die der Oppositionsführer hier nach dem Motto betreibt: Am 22. Mai wird schon alles gut für mich.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] und Ewald Groth [GRÜNE])

Ob es für Sie gut wird oder ob es für mich gut wird, wissen wir beide nicht. Darüber entscheiden wir auch nicht. Herr Rüttgers, wer was kann oder

wer was nicht kann, wie Sie von diesem Pult aus mir gegenüber gesagt haben, entscheiden doch nicht Sie und ich. Das entscheiden die Wählerinnen und Wähler.

(Lothar Hegemann [CDU]: Hoffentlich!)

Sie entscheiden, ob sie Ihnen zutrauen, dass Sie das können, oder ob sie mir zutrauen, dass ich das kann.

Ich bin seit knapp zweieinhalb Jahren Ministerpräsident dieses Landes. Ich bewerbe mich um die Fortführung dieses Amtes. Dabei folge ich keinen Wunschkandidaturen. Ich tue das, wie ich hoffe, mit Realitätssinn, mit Leidenschaft und mit Augenmaß.

Aber ich weiß, dass mein Wunsch dabei nicht zählt, sondern alleine die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler. Der stelle ich mich mit der notwendigen Portion von Selbstbewusstsein, ohne Überheblichkeit. -Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Steinbrück.

Bevor ich den Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Dr. Rüttgers, aufrufe, begrüße ich auf unserer Tribüne eine Delegation der großen Nationalversammlung der Republik Türkei unter Leitung des Vorsitzenden der Türkisch-Deutschen Freundschaftsgruppe, Herrn Ahmet Yaşar,

(Beifall)

in Begleitung des türkischen Generalkonsuls, Herrn Harkan Olcay.

Seien Sie uns sehr herzlich willkommen! Wir wissen, dass Sie den letzten Tag in Nordrhein-Westfalen verbringen. Wir begrüßen Sie deshalb mit besonderer Herzlichkeit hier in unserem Landesparlament.

(Beifall)

Herr Dr. Rüttgers, Sie haben das Wort.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Replik, die ich jetzt halten möchte, hat natürlich etwas mit dem zu tun, was wir gerade in den letzten Stunden erlebt haben. Nun ist es kein Vorwurf, wenn ich sage, dass einem manches sehr bekannt vorkommt. Wenn z. B. Herr Moron gravitatisch schreitend zum Rednerpult geht - sich seiner Würde als neuer Vizepräsident des Landtages voll bewusst -

(Unruhe - Zurufe)

und dann als Erstes anfängt, hier rumzupöbeln und am Schluss sagt, er mache keine Polemik: Die Nummer erleben wir jeden Tag!

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Ministerpräsident Peer Steinbrück)

- Herr Ministerpräsident, ich kenne den Herrn Moron ja von Zuhause. Wir kommen aus demselben Kreis. Er war einmal Fraktionsvorsitzender der SPD in Erfstadt. Am Schluss seiner Tätigkeit stellte die CDU den Bürgermeister. Dann war er Fraktionsvorsitzender im Kreistag des Erftkreises. Am Schluss stellte die CDU den Landrat. An Ihrer Stelle würde ich mich vor dem in Acht nehmen!

(Beifall und Heiterkeit bei CDU und FDP)

Herr Moron hat - Kollege Wolf hat das eine oder andere schon dazu gesagt - den Satz gebracht: Wir haben nichts versprochen, was wir nicht halten konnten. Herr Moron, das war wirklich ein starker Satz. Soll ich Ihnen einmal sagen, was zu Ihrer Zeit in der SPD gesagt worden ist? Ich finde z. B. im "Kölner Stadt-Anzeiger" aus dem Jahre 2000 Folgendes: "Die Landesregierung verspricht, die Zahl der Arbeitslosen in fünf Jahren zu halbieren. Clement:

(Oho-Rufe bei der CDU)

Das sind keine Versprechen, sondern Ziele, an denen wir uns messen lassen." - Ja, wo ist sie denn, die Halbierung der Arbeitslosen, Herr Moron?

(Beifall bei der CDU)

Der Landeswirtschaftsminister Schwanhold: Er sei sehr zuversichtlich, dass es gelinge, die Zahl der Arbeitslosen auf 400.000 zu drücken. Sie haben natürlich nichts versprochen.

Herr Müntefering: Die von der rot-grünen Bundesregierung eingesetzte Kommission zur Reform des Arbeitsmarktes will mit radikalen Ideen die Zahl der Arbeitslosen in drei Jahren auf rund 2 Millionen halbieren. Dazu NRW-Arbeitsminister Schartau: "Ich verteidige dieses Konzept." - Das sind alles keine Versprechen. Ich könnte das Ganze jetzt fortführen.

Die Wahrheit ist: Sie haben in der Arbeitsmarktpolitik das Maul so weit aufgerissen und jämmerlich versagt. Wir haben die höchste Arbeitslosigkeit seit den 30er-Jahren. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dann haben Sie gesagt: Bei uns ist nicht alles schlecht. Gott sei Dank ist nicht alles schlecht. Wenn Sie dann etwas vortragen, Herr Moron, sollten Sie es auch wirklich vollständig bringen. Sie haben gesagt: Wir haben ein ungeheures Anziehen bei der Zahl der Unternehmensgründungen. Es ist wahr: Nach der Statistik haben wir richtig zugelegt. Das Problem ist nur, dass insgesamt - jetzt rede ich von Dezember 2004 - von diesen Unternehmensgründungen 53.009 öffentlich subventioniert waren.

Ich kritisiere nicht, dass da etwas getan worden ist. Nur trifft es leider nicht zu, wenn Sie so tun, als ob wir einen selbstständigen Aufschwung hätten, der zu neuen Firmen und neuen Arbeitsplätzen führt. Wir haben eine Pleitewelle, und die ist das Ergebnis Ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(Beifall bei der CDU)

Das gilt auch für die von Ihnen genannten Zahlen, wonach die Frauenerwerbsquote schön angestiegen sei. Natürlich ist sie angestiegen. Gott sei Dank! Nur das Problem, das wir haben, ist, dass wir in Gesamtdeutschland einen Durchschnitt von 57,8 % bei der Frauenerwerbsquote haben, in NRW einen von 53,3 %. Das heißt, wir sind wieder einmal unterdurchschnittlich.

Herr Ministerpräsident, das ist genau das Problem: Jedes halbe Prozent Wachstum, das wir jedes Jahr seit vielen Jahren hinterm Bundesdurchschnitt liegen, macht arm. Deshalb stimmt der Satz: Rot-Grün macht arm. Wenn die Menschen in diesem Land inzwischen weniger verdienen als die Iren, dann ist das genau das Problem: keine Nachfrage, keine Konjunkturanstöße aus dem inneren Bereich der Nachfrage. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik! Rot-Grün macht arm!

(Beifall bei der CDU)

Nun bin ich dankbar, Herr Ministerpräsident - es ehrt Sie -, dass Sie gesagt haben, dass wir in den Zielsetzungen der fünf Punkte, die ich in der letzten Pressekonferenz aufgeführt habe, einig sind.

(Dorothee Danner [SPD]: Nur wir machen das alles schon! Da sind wir auf Ihre Hilfe nicht angewiesen!)

Das Problem ist nur, dass ich diese Konzeption als jemand, der noch in der Opposition ist, vortragen muss, während Sie das Problem haben, dass Sie für eine Regierungszeit von 39 Jahren stehen und sich deshalb nicht einfach hierhin stellen und sagen können, wir seien uns in den Zielen einig. Sie müssen sich stets die Frage gefallen lassen: Was haben die Sozialdemokraten eigentlich in diesen 39 Jahren und was haben Sie in den fünf

Jahren getan, in denen Sie Mitglied dieser Regierung sind?

(Beifall bei CDU und FDP)

Insofern ist die Nummer zu leicht, wie es auch die anderen drei Redner der Regierungskoalition gemacht haben, zu sagen: Wir wollen und wir werden ... Da waren Sie übrigens, wenn ich es zurückgeben darf, ganz unkonkret. Sie haben nicht gesagt, was Sie in den nächsten fünf Jahren tun wollen, wenn Sie denn die Chance bekämen. Sie haben sich hauptsächlich mit unseren Programmen auseinander gesetzt. Das finde ich natürlich gut, weil es spannender ist, als sich mit Ihren Sachen zu beschäftigen. Das ist auch zukunftsweisender, weil das die Realität sein wird, während es bei Ihnen Vergangenheit ist.

(Beifall bei der CDU)

Aber der entscheidende Punkt, Herr Steinbrück, ist genau der, den Sie herausgearbeitet haben. Es ist die Grundfrage, welche ökonomische, welche wirtschafts- und finanzpolitische Konzeption hinter den unterschiedlichen Modellen steht. Dann sage ich: Jawohl, Sie betreiben eine Form von Steinzeitökonomie, wenn Sie glauben, mit Schulden über Schulden die Konjunktur ankurbeln zu können. Das glaubt doch kein Mensch mehr, nachdem Sie es jetzt seit 20 Jahren in Verfolg von Keynes machen. Es funktioniert einfach nicht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Jeder, der sich mit neuen ökonomischen Theorien - etwa aus den USA - beschäftigt, weiß, dass genau das Gegenteil richtig ist. Notwendig ist eine Konsolidierungspolitik, weniger Schulden machen, damit man nicht das Geld in Form von Zinsen zu den Banken tragen muss, sondern damit man Geld hat, das die Kommunen und das Land in Innovationen und in Infrastruktur investieren können. Das ist eine moderne Politik. Dazu gehört aber nicht, das Geld in Form von Zinsen zu den Banken zu bringen.

(Beifall bei der CDU)

Nun will ich noch ganz schnell ein Zitat von Herrn Müntefering anführen, der das auf den Punkt gebracht hat, indem er gesagt hat: "Jawohl" - Zitat! -, "was wir machen, ist richtig: weniger für den privaten Konsum und dem Staat mehr Geld geben, damit Bund, Länder und Kommunen ihre Aufgaben erfüllen können".

Das ist der zweite Punkt des Unterschiedes zwischen Ihnen und uns. Wir glauben, dass das Geld im Portemonnaie der Leute besser aufgehoben ist und dass die besser wissen, was sie damit ma-

chen. Wir machen keine Politik wie Sie, die die Menschen in Angst versetzt, Geld auszugeben, weswegen die Nachfrage ökonomisch einbricht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie haben dann gesagt, dass Sie von mir gern wüssten, wer demnächst in einem CDU/FDP-Kabinett Minister werde. Ich kann verstehen, dass Sie daran Interesse haben. Sie werden aber auch verstehen, Herr Steinbrück, dass ich Ihnen die Namen jetzt nicht konkret sage. Aber so viel sei gesagt: Besser als die, die Sie hier sitzen haben, sind die allemal. Darauf können Sie sich verlassen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Ich weiß, dass Sie im Moment etwas angefressen sind. Ich weiß, dass einem das in der Politik passiert, wenn man einen Sonntag hinter sich hat, wie Sie ihn hinter sich haben. - Das sage ich nicht nur wegen der Wahlergebnisse, sondern auch wegen "Christiansen", wo Sie ja körperlich gelitten haben, als sie neben Frau Roth saßen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Aber ich bleibe noch einmal bei diesem Tag, bei den Wahlen in Schleswig-Holstein, bei diesem Wahlergebnis. Dabei lasse ich jetzt einmal weg, dass die hier eben in Skandinavien angesiedelt wurden. Schleswig-Holstein liegt noch in Deutschland, Herr Moron.

(Edgar Moron [SPD]: Seien Sie nicht so billig!)

- Das hat mit "billig" nichts zu tun. Das haben Sie gesagt.

(Edgar Moron [SPD]: Das war doch ein Versprecher! Haben Sie nicht mehr zu bieten?)

- Ja, das ist ja Okay. Das ist ja nur deshalb interessant, weil sich der Ministerpräsident auch dauernd vertut, wenn er vom schleswig-holsteinischen Landtag redet, obwohl er den Landtag von Nordrhein-Westfalen meint, wenn er irgendwo spricht. Aber sei es drum.

Gehen wir einmal von Folgendem aus. Was ist denn da passiert?

(Zuruf von Ministerpräsident Peer Steinbrück)

- Lieber Herr Steinbrück, Sie nehmen Bezug auf meine Reden und sagen etwas dazu. Wenn ich einmal etwas zu Ihren Reden sage, werden Sie nervös.

(Ministerpräsident Peer Steinbrück: Es geht um die Qualität der Diskussion!)

- Es geht um die Qualität der Diskussion. Nur, Sie sind nicht der Schulmeister, der in diesem Land festlegt, wie die Qualität der Diskussion ist. Damit das einmal klar ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich meine, ich verstehe ja auch diese ganze Reaktion. Denn alle strategischen Ansätze für die nächsten Tage sind Ihnen natürlich am Sonntag kaputt gegangen. Müntefering, der dauernd kommt und die Trendwende verkündet, der sagt, mit der SPD gehe es bergauf; Sie haben das ja auch plakatiert. Es war nichts mit bergauf, es war nichts mit Trendwende, sondern es hat schlichtweg einen Absturz in der Zustimmung der Leute gegeben.

Dann kam die große Strategie "Er oder ich"; da wollten Sie sich ja messen lassen. Davon sind Sie, wenn ich das heute Morgen in der "Rheinischen Post" richtig gelesen habe, abgerückt, weil Sie jetzt sagen, "Er oder ich" ist es nicht mehr, sondern jetzt führen wir mindestens auch die Debatte über Inhalte und Parteiprogramme. Beides sei notwendig, haben Sie gesagt. Nun, das habe ich schon länger gesagt, Präsidentschaftswahlkämpfe machen wir nicht, hier geht es darum, wer die richtige Politik macht. Deshalb werden wir uns darüber auseinander setzen.

Wenn dann natürlich noch bei den Grünen das gesamte selbst errichtete moralische Gebäude zusammenfällt und man plötzlich an der Seite derjenigen steht, die für große Menschenrechtsverletzungen durch Behörden in diesem Land Verantwortung tragen, und das dann auch noch verteidigt, ohne darüber nachzudenken, was man da eigentlich sagt, dann verstehe ich es, dass plötzlich die gesamte Strategie für die nächsten Tage kaputt ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich verstehe, dass man dann auch "von der Rolle" ist und dass man dann auch Sachen sagt, die man vielleicht besser nicht sagen würde.

Wenn Sie auf einer Veranstaltung in Schleswig-Holstein im Rahmen des Wahlkampfes zum Thema Einheitsschule in Bad Bramstedt gesagt haben - Zitat nach der "Segeberger Zeitung" -, "wenn ich bei mir zu Hause die Abschaffung" - des gegliederten Schulwesens, füge ich hinzu - "fordere, verliere ich die Wahl", sage ich Ihnen: Erstens, da haben Sie Recht. Zweitens, das, was Sie machen, ist verdammt unehrlich, die Menschen vor der Wahl im Unklaren zu lassen, was

Sie dann im Anschluss mit Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen machen wollen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Einmal ganz losgelöst von der Tatsache, dass wir das diskutiert haben: Wie passieren kann, dass Sie dann wenige Tage vor der Wahl hingehen und sagen, wir sind für ein leistungsfähiges Schulsystem, und Sie dann die Halbjahreszeugnisse abschaffen - das erklären Sie draußen einmal irgendeinem Menschen, wie das zusammenpasst -, verstehe ich nicht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn wir jetzt über die Frage reden, wie geht es denn mit der Arbeitslosigkeit weiter, dann stelle ich mir natürlich die Frage - darauf hätte ich von Ihnen auch gern eine Antwort gehabt -, was Sie zu dem sagen, was der Chef der Bundesagentur für Arbeit gestern gesagt hat. Ist es wirklich Auffassung der Landesregierung - Sie haben da ja nicht nur in den Gremien Einfluss, sondern haben auch Einfluss über den Bundesrat -, dass wir jetzt 55-Jährige und Ältere aus der Statistik aussortieren, bloß um die Statistik zu fälschen, und Sie damit der staatlichen Fürsorge anheim geben? - Das ist nicht mein Verständnis, wie man mit Menschen, die für dieses Land und in diesem Land gearbeitet haben, umgeht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich hätte heute auch gern von Ihnen gehört, was Sie dazu sagen, was bei Ihren Kolleginnen und Kollegen in Berlin diskutiert wird. Was sagen Sie zu dem Streit zwischen Herrn Clement und Herrn Eichel? Wollen Sie jetzt wirklich kreditfinanzierte Konjunkturprogramme auflegen - aus lauter Panik, die Wahl zu verlieren -, um damit das Land weiter in den Schuldenstaat zu treiben? - Jeder weiß, es funktioniert nicht. Aber aus lauter Angst wollen Sie jetzt wieder Kredite aufnehmen und damit Konjunkturprogramme auflegen. So führen Sie das Land nicht in den Aufschwung, sondern Sie würgen den Aufschwung ab.

(Beifall bei der CDU)

Man könnte jetzt noch viele Punkte im Einzelnen ansprechen. Sie wissen auch, dass Sie bei der Frage der Finanzierung aus dem Entwurf unseres Wahlprogramms nur die ersten Sätze zitiert haben, nicht das, was wir zur langfristigen Konsolidierung gesagt haben. Aber Schwamm drüber. Vielleicht muss man das nicht machen. Sie sollten sich nur nicht hier hinstellen und sagen, ich bin der Garant für Wahrheit, und sich dann bei solchen Sachen erwischen lassen. Wissen Sie, die

Nummer ist zu einfach. Was in unseren Texten steht, weiß ich noch, zum Teil sogar auswendig.

Wenn es jetzt schlichtweg um die Frage geht, was in diesem Land erforderlich ist, dann weiß jeder, dass wir das durch noch so viele kameralistische Tricks nicht hinbekommen werden. Wir werden das nicht hinbekommen durch eine höhere Kreditaufnahme. Wir werden es nur hinbekommen, wenn in diesem Land wieder Vertrauen entsteht, wenn die Menschen Vertrauen in die Zukunft haben, wenn sie bereit sind, Geld in die Hand zu nehmen und zu investieren, auszugeben, Arbeitsplätze zu schaffen und sich selbstständig zu machen. Das alles muss geschehen, damit es auch in den öffentlichen Kassen wieder besser aussieht.

Weil Sie dazu offensichtlich nach 39 Jahren nicht mehr in der Lage sind, braucht dieses Land einen neuen Anfang. Deshalb haben Sie einen Satz bei Ihrem politischen Aschermittwoch richtigerweise gesagt: Am 22. Mai ist alles vorbei! Für Sie! Aber dann geht es für das Land erst wieder richtig los.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Dr. Rüttgers. - Für die SPD-Fraktion spricht ihr Vorsitzender Moron.

Edgar Moron (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Wolf, es hat heute in Ihren Ausführungen eine Entgleisung gegeben, die mich sehr bedrückt hat. Ich finde sie unfair und unehrlich.

(Oh-Rufe bei CDU und FDP)

Auch im Namen der SPD-Fraktion weise ich diese Entgleisung zurück. Im Zusammenhang mit dem Erlass, über den hier gesprochen wird, von Menschenhändlerenerlass zu sprechen, ist schon Ausdruck einer schäbigen Politik.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich hatte eigentlich gedacht, der Herr Oppositionsführer würde jetzt die Chance nutzen, uns klarzumachen, wie seine Politik in den nächsten fünf Jahren, falls er denn vom Wähler ein Mandat bekommt, aussehen wird. Er hat diese Chance nicht genutzt. Er hat nur mit anderen Worten das noch einmal wiederholt, was er schon in seinem ersten Beitrag gesagt hat. Dazu sage ich Ihnen, Herr Rüttgers: Das wird nicht ausreichen.

Das wird genau zu dem führen, was Sie in der Vergangenheit auch immer wieder erlebt haben.

Es wird dazu führen, dass Sie eine Wahlauseinandersetzung nicht zu Ihren Gunsten entscheiden werden.

Sie haben gerade darauf hingewiesen, dass ich als Fraktionsvorsitzender - da haben Sie nur die eine Seite geschildert - auch einmal für Niederlagen die Verantwortung mit übernehmen musste. Aber ich habe auch mehrfach die absolute Mehrheit der SPD mit errungen. Wenn uns das jetzt bei dieser Wahl wieder gelingen sollte, täte mir das Leid für unsere grünen Freunde,

(Zurufe von der CDU)

aber ansonsten wären wir sehr froh darüber.

(Beifall von Dr. Bernhard Kasperek [SPD])

Aber ich glaube im Augenblick nicht an eine absolute Mehrheit für die SPD, aber an eine relative Mehrheit, Herr Rüttgers.

In diesem Zusammenhang, Herr Rüttgers, würde ich Sie gern daran erinnern - vielleicht hat das bei Ihnen ja mittlerweile traumatische Wirkungen -: Sie haben in Ihrem ganzen Leben noch nie eine direkte Wahlauseinandersetzung gewonnen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben alle Wahlen verloren, selbst in Ihrem persönlichen politischen Umfeld, in Ihrer eigenen Heimatstadt, in Ihrem eigenen Ort. Sie haben die Kommunalwahl in Brauweiler verloren. Sie haben in Pulheim verloren. Sie haben die Bundestagswahlen in Ihren Wahlkreisen verloren. Sie haben als ehemaliger Bundesminister die Landtagswahl gegen eine junge Frau verloren, die zum ersten Mal angetreten ist. Sie haben alle Wahlauseinandersetzungen, bei denen die Menschen im Ort zwischen Ihnen und einem Herausforderer oder einer Herausforderin entscheiden mussten, verloren.

Deshalb haben Sie die besten Chancen, jetzt auch die Wahlauseinandersetzung mit Peer Steinbrück direkt zu verlieren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ja, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das macht uns große Sorgen. Ich leugne das überhaupt nicht. Ich will das auch relativieren, was ich vorhin gesagt habe. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Arbeitsmarktpolitik sind für uns ein zentrales Stück unserer Politik. Wenn wir da nicht erfolgreich sind, bedrückt uns das außerordentlich.

Nicht immer haben eine Landesregierung, die Landespolitik und die sie tragenden Fraktionen

das Instrumentarium, um das zu erreichen, was sie politisch wollen. Denn Landespolitik bewegt sich ja immer noch in einem gesamtwirtschaftlichen Umfeld, das nicht nur eine nationale, sondern auch eine internationale Dimension aufweist.

Uns wäre es lieber gewesen, wir hätten hier für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer viel mehr Arbeitsplätze schaffen können oder zumindest dazu beitragen können, dass sie in der Industrie, im Gewerbe geschaffen werden, als es der Fall gewesen ist.

Deshalb sage ich: Wir werden nie wieder solche Aussagen machen. Ich hielt sie auch damals für falsch. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen: Das waren falsche Aussagen, dass man die Arbeitslosigkeit in einem bestimmten Zeitraum halbieren kann.

Wir haben uns das zwar vorgenommen, aber wir haben es nicht erreicht. Darüber sind wir am meisten bedrückt. Dass Sie darüber frohlocken, das glaube ich Ihnen gern. Aber uns bedrückt das. Wir wollten die Arbeitslosigkeit mit allen Mitteln herunterbringen. Es ist uns nicht gelungen. Das wissen wir.

Aber das hat doch nichts damit zu tun, dass uns dieses Problem auf der Seele brennt und wir alles tun wollen in diesem Land, um Arbeitslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Deshalb wehren wir uns gegen eine Politik, die eher dazu beiträgt, Arbeitslosigkeit zu erhöhen. Und das ist Ihre Politik.

Wenn der Wahntag da ist, haben wir 39 Jahre die Verantwortung in diesem Land getragen. Aber die haben wir nicht geraubt, meine Damen und Herren. Wir haben diese Verantwortung immer vom Wähler und von der Wählerin erhalten. Sie haben entschieden. 39 Jahre lang haben wir die Verantwortung in diesem Land getragen, weil die Menschen uns in Abstimmungen mehr Vertrauen geschenkt haben - mehrfach sogar mit einer absoluten Mehrheit - als Ihnen. Sie sind immer gescheitert.

Und warum sollen die Menschen das ändern wollen? Bei einer solchen Opposition, die noch nicht einmal in der Lage ist, ein Schattenkabinett aufzustellen?

(Beifall bei der SPD)

Bei einem Oppositionsführer, der selbst in den eigenen Reihen nicht für Überzeugung sorgt

(Beifall bei der SPD)

und von seinem eigenen Koalitionspartner als schwach dargestellt wird? Da sollen wir uns vor Ihnen fürchten?

Wir werden auch bei dieser Wahlauseinandersetzung mit Optimismus antreten, aber, wie gesagt, auch mit dem Gefühl, dass man sehr viel für einen solchen Wahlerfolg tun muss, denn er kommt nicht von alleine.

Ich bin ganz sicher: Wir haben eine sehr gute Chance, die Wahl zu unseren Gunsten zu entscheiden. 39 Jahre haben wir die Verantwortung vom Wähler übertragen bekommen. Wir sind bereit, sie auch danach noch weiter zu tragen. Wir haben auch das Know-how. Wir haben das Personal, das Programm, das Können und das Wissen, um das zu machen. Und genau das ist es, was Sie nicht haben. Es kommt darauf an, dass man in der Regierung und für die Regierungsverantwortung die richtigen Leute hat. Das haben die Oppositionsparteien CDU und FDP nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie sagen, wir würden eine Auseinandersetzung - er oder ich -, bloß weil es eine Zeitung geschrieben hat, scheuen. Das ist doch Quatsch. Warum sollten wir? Dieser Ministerpräsident hat in allen gesellschaftlichen Schichten mehr Vertrauen in seine Politik als Sie, selbst bei den CDU-Sympathisanten. Darauf bauen wir natürlich.

Ich will auf jeden Fall lieber einen Ministerpräsidenten für unser Land haben, der in der Lage ist, sich am 1. Mai in der Frage Hartz IV einer sehr schwierigen Diskussion - es war gar keine Diskussion, es war eine Debatte, es war teilweise purer Hass - zu stellen als jemanden, der dann am 9. August sagt, man muss die Hartz-Reformen einer Generalrevision unterziehen, so wie Sie es in der "Tagesschau" bei der ARD getan haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie haben gekniffen. Der Mann hat gestanden. Einen solchen Mann braucht unser Land und nicht einen, der wegtaucht und in politischen Situationen eher feige als mutig ist. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf von Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Moron. - Für die FDP-Fraktion erteile ich jetzt dem Vorsitzenden Dr. Wolf das Wort.

Dr. Ingo Wolf (FDP): Ich kann ja verstehen, Herr Moron, dass Ihnen die Visa-Affäre weh tut. Aber

sie sind nicht der Oberzensor. Wenn dieser Erlass dazu geführt hat, dass Menschenhändlern und Schleusern das Leben erleichtert worden ist und ihrer Tätigkeit Vorschub geleistet worden ist, dann ist das die pure Wahrheit, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Daran gibt es von Ihrer Seite aus nichts zu kritisieren.

Der Herr Ministerpräsident, der uns gerade verlassen hat ---

(Ministerpräsident Peer Steinbrück [hinter den Regierungsbänken stehend]: Nein, ich stehe hier! - Heiterkeit - Ministerin Hannelore Kraft: Er ist doch nicht draußen!)

- Kommen Sie ruhig hier nach vorne!

(Ministerpräsident Peer Steinbrück: Ich stehe gerne!)

- Ja, ja, wir können ja auch einmal herausgehen, während Sie sprechen. Ich kann Ihnen nur sagen: Sie beklagen die Durchgängigkeit der Reden der Opposition. Ihre Reden sind nicht anders. Auch Sie halten seit Jahren dieselben Reden.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Das ist doch völlig klar. Sie schaffen nichts, wir wollen etwas ändern. Unsere Konzepte sind noch nicht umgesetzt. Wir werden sie aber umsetzen, wenn der Wähler uns das Mandat gibt.

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Was das Recht angeht, Zensuren zu verteilen, so sind Sie immer ganz vorne dabei, indem Sie andere beurteilen. Ich erinnere mich auch sehr gut, dass Herr Moron in nahezu jeder Ansprache sagt, dass die Opposition kein Recht habe, die Regierung zu übernehmen. Dann können wir auch feststellen, dass Sie kein Recht zur Wiederwahl haben.

(Zuruf von Edgar Moron [SPD])

Aber darüber sollten wir den Wähler in aller Ruhe am 22. Mai entscheiden lassen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und CDU - Marc Jan Eumann [SPD]: Gute Idee!)

An dieser Stelle kann ich nur sagen: Die Manager zur Ablenkung ins Visier zu nehmen, wie es mal wieder die Grünen getan haben, ist aus Ihrer Sicht wohlfeil. Sie vergessen nur eines: Alles, was in der Wirtschaft in diesem Land passiert - und zwar

im Bund und in den Ländern -, hängt damit zusammen, dass rot-grünes Politikversagen die Wirtschaft in Schwierigkeiten bringt. Das ist die Wahrheit, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Marc Jan Eumann [SPD]: Haben Sie sich einmal die Unternehmenssteuern angeschaut?)

Andere Länder um uns herum haben andere Regierungen. Deswegen funktioniert auch die Wirtschaft besser. Sie müssen sich darüber im Klaren sein: Wir sind im Wettbewerb. Sie glauben, Sie können Insepolitik machen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Haben Sie sich unsere Unternehmenssteuerreform im europäischen Vergleich angeschaut?)

Das gilt auch für das, Herr Moron, wobei Sie auch wieder erlappt worden sind: für die Arbeitsmarktpolitik. Natürlich ist eine Zahl von einer Million Arbeitslosen ein Skandal. Sie stellen sich hin und tun ganz betroffen. Sie haben aber versprochen, dass Sie diese Zahl halbieren wollen. Jetzt tun Sie so, als seien Sie nicht dabei gewesen. Diese Versprechen liegen vor. Ihr Motto ist: Versprochen - gebrochen!

(Beifall bei FDP und CDU - Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist doch nicht wahr! Haben Sie gerade Herrn Moron nicht zugehört? Wo waren Sie denn gerade?)

Herr Steinbrück, was das Thema "Steuersenkungen" betrifft, sollten wir uns in der Sache noch ein wenig auseinander setzen. Es geht, das ist ganz klar, immer um die Anpassung von Steuertarifen auch an unsere Wettbewerber im europäischen Ausland. Ich weiß, dass Sie nicht müde werden, die niedrige Steuerquote in Deutschland zu beschwören. Das Problem ist nur, dass alles mit allem zusammenhängt, dass man andere Abgaben hinzunehmen muss und dass man natürlich die Fragen von Unternehmenssteuern und Einkommensteuer separieren muss. Das wissen Sie zwar alles, aber Sie sagen es nicht in der Deutlichkeit.

Tatsache ist nun einmal, dass den Steuererleichterungen, wie Sie diese uns verkaufen, erhebliche Mehrbelastungen der Bürger entgegenstehen: bei Benzin, bei Strom, bei Wasser, bei Versicherungen, beim Kfz. Alles das hat letztlich dazu geführt, dass netto im Portemonnaie der Leute nichts angekommen ist. Das können Sie nachlesen oder draußen im Lande abfragen.

Deswegen brauchen wir ein neues System, das bei Steuertarifsenkungen ansetzt. Es muss den Leuten mehr Verfügungsmasse für eigene Absi-

cherung lassen, beispielsweise bei der Pflege oder bei der Gesundheitsreform. Dazu haben wir Modelle vorgelegt.

Meine Damen und Herren, dass die Unternehmenssteuern reformiert werden müssen, sagt doch Ihr eigener Bundeswirtschaftsminister. Nur, kaum hat er es ausgesprochen, wird er von den rot-grünen Fraktionen in Berlin zurückgepiffen, und Herr Eichel sagt: "Das machen wir nicht."

Wenn Sie sehen, wie Österreich voranmarschiert ist, und wie die bayerischen Unternehmen nach Österreich ausweichen, weil dort die Steuern günstiger sind, merken Sie, wie wir uns bewegen müssen. Wir können nicht immer nur sagen: Alles bleibt, wie es ist.

(Beifall bei der FDP)

Dann höre ich das Stichwort "Sparen". Das ist zunächst einmal das Wort der Unredlichkeit, denn gespart wird nie etwas. Wenn man sowieso so viele Milliarden an Krediten aufnehmen muss, kann man von "Sparen" überhaupt nicht reden, allenfalls von "Ausgabenkürzungen". Dann behaupten Sie, wir hätten gar kein Ausgabenproblem. Dazu frage ich die Bürgerinnen und Bürger auf der Tribüne: Was machen Sie, wenn Sie mit Ihrem Geld nicht hinkommen? Sie können dann doch nicht rufen, sie bräuchten mehr Einnahmen. Sie müssen vielmehr die Ausgaben kürzen. Genau das ist solide Finanzpolitik an der richtigen Stelle.

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Konsum kürzen - Investitionen stärken! Das ist genau das Richtige. Konsumtive Ausgaben im Haushalt müssen runter, investive Ausgaben müssen rauf.

(Zuruf von der SPD: Das sind alles Luftblasen!)

Zur Tatsache, dass Sie sich dann auf Wirtschaftsweisen berufen: Man darf festhalten, dass es im Rat der Wirtschaftsweisen einen Querschläger gibt, den inzwischen niemand mehr haben will. Er ist von Ihrem Lager dort installiert worden. Er hat in der Tat abstruse Vorstellungen.

(Zuruf von der SPD)

Die Mehrheit sagt ganz klar, was auch die Opposition sagt: Wachstum gibt es nur durch eine Reform der Steuern und Abgaben, des Arbeitsmarktsrechts, der sozialen Sicherungssysteme in Richtung einer größeren Privatisierung. Das ist

der Weg der Zukunft, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei FDP und CDU)

Lassen Sie mich noch auf Sie zum Thema "Verwaltungsstruktur" zurückkommen. Dabei werfen Sie der CDU vor, dass die Abschaffung von Bezirksregierungen nichts bringe. Nun könnte ich Ihnen darin freundlich zustimmen, da das auch meine Auffassung ist. Das Problem ist nur, dass Sie vor einem Jahr durch die Gegend gelaufen sind und selber zwei Bezirksregierungen abschaffen wollten. - Was ist denn nun? Werden sie abgeschafft? Werden sie nicht abgeschafft?

Das ist wie bei der Einheitsschule. Man traut sich nicht. Man will vor der Wahl nichts sagen. - Sagen Sie jetzt, was Sache ist. Dann lassen wir darüber abstimmen. Mit uns werden die Bezirksregierungen nicht abgeschafft. Bei Ihnen werden sie heimlich abgeschafft. Die CDU will sie offen abschaffen. Diejenigen, die abgeschafft werden sollen, müssen wissen, wo wir stehen. Wir wollen eine echte Verwaltungsstrukturreform.

(Beifall bei der FDP)

Dann komme ich noch zu Ihren Ausführungen zu den kommunalen Finanzen: Wir haben hier schon einen Akt der Heiligsprechung erlebt. Ja, träume ich denn, oder haben wir mehr als die Hälfte im Haushaltssicherungskonzept? Wo ist denn in diesem Lande eine solide kommunale Finanzausstattung? Sie verweigern den Kommunen seit Jahren eine gerechte Finanzausstattung. Das ist die Wahrheit; daran müssen Sie sich messen lassen.

(Beifall bei FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Zum Thema "Steinkohle" wie gehabt: Die gestanzten Sätze kennen wir aus den Vorreden. Sie beklagen den Verlust von Arbeitsplätzen durch den Wegfall der Steinkohlesubventionen. Meine Damen und Herren, hat diese Regierung irgendetwas gegen den Wegfall von 35.000 Arbeitsplätzen im Handwerk innerhalb eines Jahres getan?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der FDP)

Haben Sie irgendetwas getan? Nicht ein bisschen, meine Damen und Herren! Aber um einen anderen Wirtschaftszweig wird mit dem Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen ein Schutzzaun gezogen. Woher nehmen Sie das Recht, diesen Bereich auszunehmen und andere Bereiche den Bach runtergehen zu lassen?

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das dann schließlich noch mit Wertschöpfungskette und Energiesockel zu rechtfertigen, ist sozusagen das i-Tüpfelchen. Wir haben hier wie eine tibetanische Gebetsmühle vorgetragen, dass mit diesem Anteil deutscher Steinkohle der Energiebedarf in Deutschland nicht annähernd gedeckt werden wird. Um deutlich zu sagen: Am Ende werden es 3 % sein. Das als nationalen Energiesockel zu verkaufen ist schlicht Verdummbeutung der Wähler. Wir werden es offen sagen. "Kinder fördern statt Steinkohle" ist unser Motto, meine Damen und Herren. Das wird die Wähler überzeugen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Dr. Wolf. - Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir sind damit am Schluss der Beratung zu diesem Punkt.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Gesetzentwurf Drucksache 13/6200 abstimmen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 13/6600**, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung seiner Beschlüsse zur zweiten Lesung anzunehmen. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition **angenommen** und der Gesetzentwurf Drucksache 13/6200 in dritter Lesung verabschiedet.

Meine Damen und Herren, ich lasse jetzt über den Gesetzentwurf Drucksachen 13/6201 und 13/6286 abstimmen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 13/6601**, den Gesetzentwurf in der Fassung seiner Beschlüsse zur zweiten Lesung anzunehmen. Wer ist für die Annahme dieser Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition **angenommen** und der Gesetzentwurf Drucksachen 13/6201 und 13/6286 in dritter Lesung verabschiedet.

Ich komme zur dritten Abstimmung, und zwar über die Unterrichtung Drucksache 13/6100. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache**

13/6602, die Unterrichtung zur Kenntnis zu nehmen. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Beschlussempfehlung **angenommen** und die Unterrichtung zur Kenntnis genommen worden.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der FDP **Drucksache 13/6647**. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

2 Fachhochschulen des Landes nicht länger benachteiligen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/6585

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Dr. Franke das Wort.

Dr. Hans-Joachim Franke (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU hat den vorliegenden Antrag gestellt, um am Ende der 13. Legislaturperiode der Öffentlichkeit noch einmal am Beispiel der Fachhochschulpolitik zu verdeutlichen, wo das Dilemma dieser Landesregierung und der sie tragenden rot-grünen Koalition liegt, nämlich in dem Spagat fehlender Finanzierungsmittel einerseits - die Schulden sind von rund 80 Milliarden € auf knapp 110 Milliarden € bei einem durchschnittlichen jährlichen Haushaltsvolumen von knapp unter 50 Milliarden € angewachsen - und der wirklichkeitsfernen Traumtänzerie der jeweiligen Fachpolitik andererseits, die in Verkennung der gegebenen Sachzwänge glaubt, Unterschiedliches egalieren zu können und gleichwohl Exzellenz zu erreichen. Dies sind Lebenslügen, an denen diese Regierungskoalition früher oder später scheitern wird. Wir hoffen, schon bei der kommenden Landtagswahl.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Eher später!)

Es ist ein Taschenspielertrick, im Hochschulgesetz zu definieren: "Hochschulen im Sinne des Gesetzes sind Universitäten und Fachhochschulen", gleichzeitig zu suggerieren, alle Hochschulen gleichstellen zu wollen und fairen Wettbewerb untereinander zu fördern, aber - wie bei genauem Hinsehen festzustellen ist - Fachhochschulen und

Universitäten erkennbar unterschiedlich auszustatten und ihren Handlungsrahmen unterschiedlich zu regeln.

Nein, entweder ist das politische Ziel ehrlich gemeint - dann werden die Fachhochschulen nach wie vor bewusst in den im Antrag genannten Fällen benachteiligt und dann wäre dies umgehend abzustellen; daher unser Antrag - oder Fachhochschulen und Universitäten sind essenziell doch völlig unterschiedliche Angebote - dann ist die von uns monierte Schlechterstellung der Fachhochschulen im Vergleich zu den Universitäten gerechtfertigt oder jedenfalls vertretbar und die gewählte Formulierung im Gesetz eine grandiose Irreführung der Öffentlichkeit. Das sollte man dann ehrlicherweise zugeben, und zwar generell, nicht nur bei den Fachhochschulen des öffentlichen Dienstes, deren Abschlüsse bis auf weiteres nur für den gehobenen Dienst qualifizieren, nicht für den höheren Dienst, für den nach wie vor ein Universitätsabschluss erforderlich ist.

(Zuruf von Ministerin Hannelore Kraft)

Wenn Sie mit Ihrer Hochschulpolitik glaubwürdig bleiben wollen, müssten Sie unserem Antrag folgen und zustimmen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Eher später!)

- Ja, ja. Sie werden dies allerdings - wie in der Vergangenheit auch schon - unter Hinweis auf angeblich fehlende Ressourcen und Zwänge des öffentlichen Dienstrechtes nicht tun und statt dessen in Kauf nehmen, mit der aufgezeigten Widersprüchlichkeit Ihrer Politik leben zu müssen. Leider charakterisiert es Ihre Politik, den Leuten alles Mögliche zu versprechen, aber letztlich nichts Weiterführendes zu veranlassen. Wir haben es eben in der Debatte wieder vernommen.

Da Ihnen schon lange die Puste ausgegangen ist und Sie sich nicht trauen, auf die Kreativität, auf freien und fairen Wettbewerb zu setzen,

(Zuruf von Karl-Heinz Rusche [fraktionslos])

ist Ihnen nicht zu helfen, meine sehr verehrten Damen und Herren der Regierungskoalition. Die Wähler sollten Rot-Grün im Mai abwählen.

(Beifall bei der CDU)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Wir sind froh, dass Ihnen der Atem jetzt nicht ausgegangen ist!)